

Dirk Wilking

## **Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg**

Das Mobile Beratungsteam (MBT) unterstützt im Auftrag der brandenburgischen Landesregierung die Landes- und Kommunalpolitik, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerbündnisse und engagierte Einzelne in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Heute ist es unumstritten, dass wir damit im weiteren Sinne in die politische Willensbildung der Bürger eingreifen. Eine solche Intervention im staatlichen Auftrag darf nicht ohne legitimierende Grundlagen erfolgen. Maßgeblich ist für uns das Verständnis der Demokratie in der Bundesrepublik als einer „streitbaren Demokratie“, die die Auseinandersetzung mit Bestrebungen zu Beeinträchtigung des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten aktiv aufnimmt. Solche Herausforderungen werden unter dem Begriff „politischer Extremismus“ subsumiert.

Seine praktische Bedeutung lässt es für uns unerheblich werden, ob dieser Arbeitsbegriff „Extremismus“ in den Sozial- und Geisteswissenschaften als plausibel gilt.<sup>1</sup> Wenn wir in die politische Willensbildung der Bürger intervenieren, um unerwünschte Einstellungsmuster zu verhindern oder erwünschte, demokratische Verhaltensmuster zu stimulieren, so muss das überparteilich geschehen. So beraten wir durchaus politische Parteien in deren Sinne, aber wir beraten alle demokratischen Parteien. Ziel darf es dabei nicht sein, den politischen Proporz zwischen den politischen Parteien zu manipulieren. Nach meiner Erfahrung ist das auch noch nie geschehen. Im Team sind MitarbeiterInnen als Mitglieder und Sympathisanten aller demokratischen Parteien vertreten. In Anerkennung unserer Auftragslage ist es für das Team völlig unproblematisch, jede Partei entsprechend ihrer Bedürfnisse zu beraten.

Im Wissen um die Verantwortung, die uns übertragen wurde, bemühen wir uns, mit den Landtagsabgeordneten in regem Kontakt zu bleiben. Sie sind zumindest mittelbar unsere Auftraggeber. Bis auf vereinzelte Ausnahmen, die auf Fehler auf der einen oder anderen Seite zurückzuführen sind, hat es im

<sup>1</sup> Wir haben uns in diesem Zusammenhang in der sogenannten „Extremismusdebatte“ nicht geäußert, weil der Extremismusbegriff die Basis zur Legitimation unserer Interventionen darstellt.

Laufe der letzten 20 Jahre kaum Probleme gegeben. Einige Abgeordnete der CDU hielten das MBT anfangs für eine Ideologie-Einheit der SPD. Im Laufe der Jahre wurde das MBT jedoch auch hier akzeptiert, weil der Beratungsansatz als sinnvoller Bestandteil eines präventiven Konzeptes verstanden wurde. Heute kann man das Verhältnis als gut beschreiben. Der Kontakt zu den Landtagsabgeordneten umfasst auch einen anregenden Austausch von Perspektiven und Einsichten, die sich manchmal auch in den Diskussionen der Parteien selbst niederschlagen. Die Situation der politischen Kultur im ländlichen Raum Brandenburgs als eine Voraussetzung rechtsextremer Aktivitäten ist vom MBT etwa seit 2000 thematisiert worden.<sup>2</sup> Zunächst ablehnend, dann zögerlich steht das Thema heute auf der Agenda der Landespolitik. Dazu haben die Gespräche mit den Abgeordneten einen wichtigen Beitrag geleistet.

## **Anfänge 1991**

Der Weg von einem kleinen, für nur wenige Wochen konzipierten Projekt über einen Modellversuch des Landes hin zu einer anerkannten Institution, die das MBT heute ist, war oft nicht einfach. Aufgrund eines Brandes in der RAA-Geschäftsstelle 1995 existieren nahezu keine Akten und Aufzeichnungen über die Anfangszeit des MBT. So soll denn hier die Galerie der Menschen vorgestellt werden, die das MBT gedacht und gemacht haben.

Auslöser für die Gründung war ein Gespräch zwischen Almuth Berger, damals Ausländerbeauftragte, und Marianne Birthler, der damaligen Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, zu den Pogromen in Brandenburg. Birthler hatte den Gedanken, sich mit Ralf-Erik Posselt, damals Amt für Jugendarbeit der evangelischen Kirche in Haus Villigst, Initiative SOS-Rassismus in Nordrhein-Westfalen, zusammzusetzen. Das Treffen von Posselt, Birthler, Berger und Ines Sprenger am Wannsee im Sommer 1991 mündete in die Idee eines flexiblen Teams, das die Orte fremdenfeindlicher Ereignisse aufsucht. Der Begriff „Mobiles Beratungsteam“ fiel bereits bei diesem Treffen, ohne dass damit auch schon eine Programmatik verbunden gewesen wäre. Das Team sollte nicht als „Besserwisser“ auftreten und zunächst die jeweiligen lokalen Gegebenheiten studieren. Erst danach sollten Handlungskonzepte formuliert werden.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Mobiles Beratungsteam Brandenburg (Hg.): Hightechlandwirtschaft und sterbende Dörfer? Chancen und Probleme der Zivilgesellschaft in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Dokumentation der Fachtagung 16./17. März 2005 in Potsdam-Michendorf. Potsdam 2005; vorausgegangen waren seit 2001 recht kontroverse Diskussionen mit der Verwaltung des Ministeriums.

<sup>3</sup> Gesprächsprotokoll Almuth Berger 21.5.2012.

Die damalige Sozialministerin Regine Hildebrandt und Ute Tenkhoff, damals Referentin von Hildebrandt, wurden anschließend in die Diskussion einbezogen und unterstützten den Ansatz. Da die finanziellen Ressourcen noch nicht geklärt waren, gab der Ausspruch von Ute Tenkhoff: „Ich hab da einen Bruder, der Sozialpädagoge ist und zu dem Konzept passen könnte“, den Ausschlag.<sup>4</sup> Axel Zimmermann wurde eingeladen. Im November 1991 begann Zimmermann seine Arbeit; geplant war ursprünglich ein Viererteam mit zwei methodensicheren Sozialpädagogen aus dem Westen und zwei Mitarbeitern aus den neuen Bundesländern. Bis zur Klärung der Finanzierung eines solchen Teams arbeitete Zimmermann allein. Zunächst kam Mathias Rochel aus Gelsenkirchen dazu, dann Bettina Berger und Frauke Postel. Am 1. September 1992 war das Viererteam schließlich komplett. Der entscheidende Gründungschub ging vom sogenannten Scharmützelsee-Fall in Beeskow aus, als Regine Hildebrandt ungehalten fragte, wo denn das diskutierte MBT bliebe. Darauf wurde das MBT auf die vier Mitarbeiter aufgestockt.<sup>5</sup> Als Träger wurde die RAA gewählt, auch wenn die MitarbeiterInnen im Büro der Ausländerbeauftragten ansässig waren.<sup>6</sup> Die Residenzpflicht des MBT am Einsatzort war in den ersten Jahren obligatorisch. Zimmermann etwa lebte fünf Monate in Wittenberge und zog dann weiter nach Lübbenau, wo er im Asylbewerberheim lebte.<sup>7</sup>

Die ersten Ideen für eine aufsuchende Beratungsarbeit erarbeitete Almuth Bergers Büro der Ausländerbeauftragten. Das Konzept nahm schon bald die konkrete Gestalt eines mobilen Beratungsteams an. Der Beginn der MBT-Arbeit fiel in eine Zeit, da die Gewalt gegen Ausländer in Deutschland ein Ausmaß erreichte, das zu sofortigem Handeln zwang.<sup>8</sup> Das MBT entsprach zunächst dem akuten Bedarf der Politik, ein Instrument an die Hand zu bekommen, mit dem schnell auf rechtsextrem motivierte Angriffe reagiert werden konnte. Die Initiatoren des MBT stellten sich Soforteinsätze spezieller Sozialarbeiter vor Ort vor, die präsent und handlungsfähig sein sollten. Das Bild von der „Feuerwehr, die auf einen Notruf hin zur Brandbekämpfung aus-

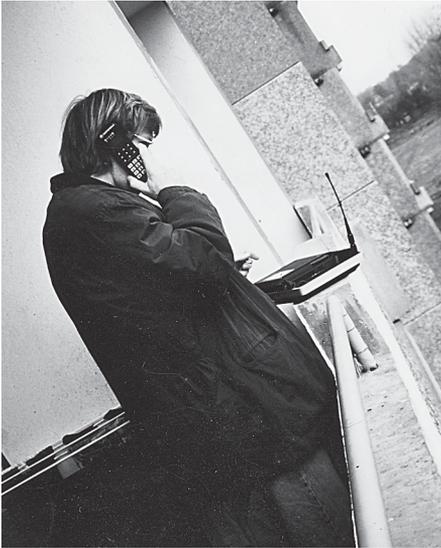
<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann 21.5.2012. Damals wurde der nigerianische Flüchtling S.E. aus dem Wohnheim in Wendisch Rietz in einer Disco von jungen Männern und Frauen zusammengeschlagen und sollte ohnmächtig im Glubigsee versenkt werden (nicht im Scharmützelsee, wie es dann allgemein verbreitet wurde). Nur zufällig überlebte er den Mordanschlag knapp und schwer verletzt.

<sup>6</sup> Die Abkürzung RAA stand anfangs für „Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen“, später für „Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“.

<sup>7</sup> Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann am 21.5.2012.

<sup>8</sup> Hans-Jürgen Lehnert, Bernd Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam – ein Projekt gegen rechtsextreme Gewalt. Interkulturelle Beiträge 27. Potsdam 1997, S. 12.



*Das handliche C-Netz erforderte vom MBTler auch Akrobatik in der Sendebereitschaft. Zimmermann im Asylbewerberheim Lübbenau 1992.*

rückt“, war eine geläufige Metapher in der Anfangsphase der MBT-Arbeit.<sup>9</sup> Diese Feuerwehr-Funktion war aber zwischen 1992 und 1999 nicht die einzige, nicht einmal die dominante, wie das gelegentlich behauptet wird;<sup>10</sup> sie entsprach dem Bedarf nach rascher Reaktion, ohne dass nach der schnellen Präsenz die schnelle Absenz folgen sollte. Im Gegenteil: Eine intensive Arbeit vor Ort wurde erprobt, um die dabei gemachten Erfahrungen konzeptionell aufzubereiten.

Die Arbeitsbedingungen waren noch stark an der Projektebene orientiert:

„Das Mobile Beratungsteam ist der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen e.V. (RAA) in Potsdam angegliedert. Als Modellprojekt werden wir seit Juni 1992 über verschiedene Fördertöpfe des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen sowie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport finanziert. Wir genießen alle Vorteile, aber auch Nachteile einer unabhängigen Projektarbeit.“<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Ebd., S. 12.

<sup>10</sup> Lorenz Korgel: Qualitätsstandards für die Mobile Beratung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Gemeinwesen. In: unsere jugend 2011 H. 4, S. 154.

<sup>11</sup> Fritz Dreke: MBT Mobiles Beratungsteam. Interkulturelle Blätter 4. Potsdam 1994.

Das bedeutete viel Arbeit, wenig Gehalt und Arbeitsverträge mit der maximalen Laufzeit von einem Jahr. Die Sichtweise auf das Ausgangsproblem war von zwei Annahmen geprägt: Ein Jugendphänomen Rechtsextremismus müsse mit sozialpädagogischen Mittel angegangen werden und gegen die Ausländerfeindlichkeit helfe vor allem Aufklärungsarbeit. Zu Zeiten des Aktionsprogramms der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt (AgAG) war dies eine weitverbreitete Perspektive. Das schlug sich auch in der Arbeit des MBT nieder:

„Je nach Lage und Bedarf pendelte das MBT in den Jahren 1992 und 1993 zwischen Reagieren und Prävention, zwischen Ausländer- und Gemeinwesenarbeit (mit starker Dominanz des Jugendsektors), zwischen Opferschutz und Straftatverhütung. In den meisten Fällen wurde das Team zunächst von außen gerufen, setzte dann aber recht schnell eigene Akzente, die eher in die präventive Richtung gingen.“<sup>12</sup>

Die Erwartung der Auftraggeber, in kritischen Situationen sofort zu handeln, und die Einsicht, dass die Übergriffe auch Folgen einer breiten Fremdenfeindlichkeit sind, führten zu dem genannten zweigleisigen Vorgehen. Im Jahr 1992 etwa hielten sich MBT-Mitarbeiter nach kritischen Entwicklungen in Beeskow und Eberswalde auf. Beide Städte waren durch besonders grausame Überfälle auf Migranten in die Schlagzeilen geraten.<sup>13</sup> Im selben Jahr nahmen Frauke Postel und Axel Zimmermann aber auch ihre Arbeit in Storkow auf. Hier wurde zwischen 1992 und 1998 der Aufbau des „Friedensdorfs Storkow“ begleitet.<sup>14</sup> Das Friedensdorf war ein städtebauliches Konzept, bei dem eine Siedlung von ihren späteren Bewohnern selbst gebaut wurde, die sowohl Flüchtlinge, ausstiegswillige rechtsextreme Jugendliche als auch marginalisierte Storkower waren. Für 5 Millionen DM wurden 10 Häuser mit 21 Wohnungen für 75 Bewohner in Eigenregie gebaut.<sup>15</sup> Ziel war es, die kommunale Kultur der Gemeinde Storkow durch den gemeinsamen Schaffensprozess nachhaltig zu prägen.<sup>16</sup>

<sup>12</sup> Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 17.

<sup>13</sup> Ebd., S. 13.

<sup>14</sup> Frauke Postel: Mobiles Beratungsteam – das andere Storkow. In: RAA (Hg.): Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen im Land Brandenburg. Potsdam 1994, S. 51.

<sup>15</sup> Fatima Karabegovic: Erfahrungsbericht einer Friedensdorf-Bewohnerin. In: Manfred Scholle (Hg.): Integration fördern – Ausgrenzung verhindern! Dokumentation des 74. Deutschen Fürsorgetages 1997 in Leipzig. Berlin, Köln 1997, S. 354-358.

<sup>16</sup> Zu den Aufbaubedingungen: Frauke Postel: Das Friedensdorf Storkow, Brandenburg. In: Stiftung Brandenburger Tor der Bankgesellschaft Berlin (Hg.): Jugend übernimmt Verantwortung. Lernziel Verantwortung. Berlin 2001, S. 56-65.

Ein solch politischer Ansatz der MBT-Arbeit wurde im Prinzip bereits von Axel Zimmermann in Wittenberge praktiziert. Neu war allerdings das Verbindlich- und Bewusstmachen dieses Prinzips.<sup>17</sup> Je intensiver der politische Aspekt der Gemeinwesenarbeit zur Geltung gebracht wurde, desto besser wurden die Prozesse in der Gemeinde als selbst gesteuert betrachtet und nicht als staatlich gewollt.

Das Vorhaben Friedensdorf zeigte aber auch, wie stark die MBT-Arbeit in die persönliche Sphäre der MitarbeiterInnen eingreift, die in der Regel demokratieengagierte „Gesinnungstäter“ mit einer hohen intrinsischen Motivation sind. Geregelter Arbeitszeiten spielen kaum eine Rolle, die Trennung von Privatem und Beruflichem ist z.T. nur schwer erkennbar und jede positive wie negative Veränderung des Arbeitsumfeldes beeinflusst nahezu ungefiltert das persönliche Gefühlsleben. Vor allem die zu Anfang übliche Residenz am Einsatzort kann rückblickend nicht unbedingt als familien- und beziehungsstauglich betrachtet werden. Bis heute weist das MBT zwar – abgesehen von der kurzen Phase der personellen Aufstockung von 1999-2000 – eine erstaunlich hohe personelle Kontinuität auf, aber es kam auch zu Überlastsituationen, die für die Betroffenen nicht einfach zu verarbeiten waren. Deshalb spielte von Beginn an die Auswahl des Personals eine eminent wichtige Rolle:

„Die anspruchsvollen Aufgaben des Mobilen Beratungsteams machten die Suche nach geeigneten Personen zu einer nicht immer leichten Angelegenheit. Zum einen war Kompetenz gefragt, zum anderen wurden dem oder der MitarbeiterIn hohe Disponibilität, Eigenständigkeit und Flexibilität abverlangt. Immerhin müssen diese MitarbeiterInnen die Bereitschaft mitbringen, längere Zeit vor Ort zu leben, um sich mit den Menschen der jeweiligen Kommune und ihren Problemen vertraut machen zu können.“<sup>18</sup>

In den Anfangsjahren hatte die Zusammensetzung des Teams nach ost- und westdeutscher Sozialisation eine durchaus hohe Bedeutung. Das Team war paritätisch besetzt und dies wurde auch gerne betont.<sup>19</sup>

Ein wesentliches Verdienst des MBT und seiner MitarbeiterInnen zwischen 1992 und 1999 besteht rückblickend darin, dem Berliner Hegemonialanspruch und einem Methodenfetischismus widerstanden zu haben. Die klare Regionalisierung und Anpassung an lokale Situationen ist recht arbeitsaufwändig; nur so aber hat das Team bis heute die Möglichkeit, Haute Cou-

<sup>17</sup> Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 15.

<sup>18</sup> Ebd., S. 17.

<sup>19</sup> Postel: Mobiles Beratungsteam – das andere Storkow, S. 51.

ture zu produzieren und keine Konfektion. Noch so wohlgemeinte Aktionen gegen Rechtsextremismus verfehlen ihr Ziel, wenn sie die mentalen und historischen Besonderheiten in der Region vernachlässigen.

„Geradezu verheerend endete eine [...] Aktion in Schwedt. Auch hier glaubten die Westberliner Initiatoren so sehr an die universelle Praktikabilität ihrer Methoden und die Kraft ihrer Präsenz, daß sie Teile der Schwedter Bevölkerung regelrecht in die Arme rechtsextremistischer Jugendlicher trieb.“<sup>20</sup>

Durch Bernd Wagner und Ray Kokoschko veränderte sich der Ansatz der MBT-Arbeit 1996 maßgeblich in Richtung einer Orientierung an lokalen brandenburgischen Gegebenheiten. Sie modifizierten die öffentliche Diskussion in zwei entscheidenden Punkten:

Erstens hatte bereits die DDR ein Rechtsextremismus-Problem, das nicht lediglich auf „Westimporte“ zurückzuführen war:

„Bereits in der DDR waren folglich Voraussetzungen für rechtsextrem orientiertes Handeln geschaffen worden. Ostdeutschland verfügte längst über die entsprechenden Verhaltens- und Organisationsformen, als die Mauer fiel und sich die Angriffe auf Andersaussehende und weitere Opfergruppen noch ungenierter entfalten konnten.“<sup>21</sup>

Zweitens empfanden sich die agierenden jungen Leute „im Zentrum der ‚offiziellen‘ Kultur“.<sup>22</sup> Das vermeintliche Jugendproblem begann also schon im Alltagsgespräch mit dem erwachsenen Nahfeld. Bedingt durch die Auftragslage und die damit verbundene Auswahl des MBT-Personals war die Erweiterung der Intervention in die Kommunikation zwischen Jugendkultur und Erwachsenenmilieus noch nicht Thema.

In den Jahren zwischen 1992 und 1998 hat das MBT eine erstaunliche Vielfalt an Interventionsmöglichkeiten ausprobiert. Von der komplexen Gemeinwesenarbeit mit Eingriff in die Stadtplanung (Storkow) über unmittelbare Aktion in die rechtsextreme Szene (Königs Wusterhausen) bis hin zu kombinierten Ansätzen von Beratung und direkter Intervention (Gründung von RAAs in den Regionen mit Projektetats). Das alles geschah unter sehr schwierigen personellen Bedingungen. Die vier MBT-MitarbeiterInnen wurden periodisch durch KollegInnen unterstützt, die im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

<sup>20</sup> Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 27.

<sup>21</sup> Ebd., S. 6.

<sup>22</sup> Ebd., S. 7.

(ABM, SAM) beschäftigt wurden. Verschiedentlich wurde versucht, die Arbeit zu fokussieren und regionale oder thematische Schwerpunkte zu entwickeln, methodische Stränge (Prävention) auszubauen oder bewusst nur reaktiv tätig zu bleiben. Angesichts der brandenburgischen Realitäten und des geringen Personalbestandes ließen sich diese Ansätze letztlich nicht durchführen.

## **Wittenberge**

Die Stadt Wittenberge war gewissermaßen der „Geburtsort“ des MBT. Wittenberge hatte als „Stadt der Nähmaschinen“ (dort wurde 1904 ein Zweigwerk der amerikanischen Singer-Nähmaschinen gegründet) besonders hart mit den Konsequenzen der Transformation nach der Wende zu schaffen. Zur Wende arbeiteten in der strukturschwachen Region 3.200 Menschen in dem Werk. Es war eigentlich klar, dass ein Nähmaschinenwerk kaum Überlebenschancen haben kann, und doch begannen die Arbeiter am 4. Juli 1990 einen Streik. Ein Jahr später verkaufte die Treuhand das Werk an die indonesische Firma „Sayta Negara Utama“, die es betrügerisch ausplünderte. Am 31. Januar 1992 wurde die Firma liquidiert. Auch wurden das Zellstoffwerk (VEB Zellwolle, 1990) und die Ölmühle (1991) geschlossen. In Wittenberge existierte in dieser Zeit ein militantes rechtsextremistisches Milieu. Bereits im Frühjahr 1991 entstand in der Stadt eine Bewegung gegen diese Strömungen. Pfarrer Reinhold Worch spielte in dieser Zeit eine sehr wichtige Rolle. Genau in die Phase des indonesischen Abenteuers der Nähmaschinenfabrik fiel ein bundesweit diskutierter, rassistischer Überfall. Am 3. Mai 1991 wurde nach einer nächtlichen Streitigkeit zwischen Afrikanern und Wittenberger Jugendlichen, bei der es unter Letzteren Verletzte gab, ein Rachefeldzug mit pogromartiger Stürmung des Wohnhauses der Namibier gestartet. Etwa vierzig Wittenberger stürmten das Haus. Zwei Afrikaner wurden über die Balkonbrüstung aus dem 4. Stock gedrückt und erlitten schwere Verletzungen.<sup>23</sup> Die Polizei ermittelte sehr nachlässig und so wurden nur neun Tatbeteiligte festgestellt; der Hauptbeschuldigte wurde zu sechseinhalb Jahren Haft wegen versuchten Totschlags verurteilt.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Merkwürdigerweise wird das Pogrom in einer sonst sehr lesenswerten Studie über Wittenberge mit keinem Wort erwähnt. Andreas Willisch (Hg.): Wittenberge ist überall. Überleben in einer schrumpfenden Region. Berlin 2012.

<sup>24</sup> Michael Schmidt: Heute gehört uns die Straße... Der Inside-Report aus der Neonazi-Szene. Düsseldorf u.a. 1993, S. 236.

Es war die Zeit des „wilden Ostens“: „die Lage der Polizei war desolat. Keine Uniformen, keine Waffen, keine Anweisungen. Die war praktisch handlungsunfähig.“<sup>25</sup> Ein Landesamt für Verfassungsschutz gab es damals nicht.<sup>26</sup> Wesentliche Teile der Beobachtungsarbeit wurden 1991 durch die „Abteilung Staatsschutz im Gemeinsamen Landeskriminalamt (GLKA)“ der fünf neuen Länder durchgeführt. Das „Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei“ vom September 1990 sah vor, dass das GLKA der fünf neuen Bundesländer weitergeführt wird, „solange und soweit diese keine Länderkriminalämter errichtet haben“. Erst mit der Auflösung des GLKA im Herbst 1991 übernahmen brandenburgische Stellen die Bearbeitung rechtsextremer Vorfälle.<sup>27</sup> Lokal stand die Polizei den Gewaltexzessen oft hilflos gegenüber.

Über die fremdenfeindlichen Attacken in Wittenberge wurde bundesweit berichtet, so dass die Stadt in einem Zuge mit Dresden, Schwerin, Frankfurt (Oder) und Schwedt als Ziel rechtsextremer Organisationen aus dem Umfeld Michael Kühnens bekannt wurde.<sup>28</sup> Der Fall am äußersten Rand Brandenburgs machte Schlagzeilen und setzte die Behörden unter Druck.

Im Mai 1991 fand wegen des rassistischen Übergriffs eine Veranstaltung in der Kirche von Wittenberge statt. Man wollte die Strukturen des lokalen Rechtsextremismus „unter die Lupe nehmen“, hatte aber zunächst keine Idee, wie das umzusetzen wäre. Es bildeten sich verschiedene Zirkel von engagierten Bürgern, die zumeist aus dem kirchlichen Spektrum und den Kreisen der DDR-Opposition kamen.<sup>29</sup>

In diesem Klima konnte die Kommune in Gesprächen mit dem Land den Bedarf nach Unterstützung äußern. Die rassistischen Ausbrüche wirkten lähmend in der Kommune. Es gab keine etablierten Verhaltensmuster gegen diese Attacken – weder auf Seiten der Verwaltung noch auf Seiten der Politik.<sup>30</sup> Vor dem Einsatz in Wittenberge war Axel Zimmermann einmal im Ort, um sich

<sup>25</sup> Gespräch mit Frauke Postel am 27.7.2011.

<sup>26</sup> Alwin Ziel: Vorwort. In: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht 1993. Potsdam 1993, S. 3. Das Gesetz zur Gründung eines Landesverfassungsschutzes trat erst im April 1993 in Kraft.

<sup>27</sup> Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg: 2. Tätigkeitsbericht 1993/1994. Potsdam 1994. Online verfügbar unter: [http://www.lda.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5lbn1.c.83599.de&template=allgemeintb02\\_lda](http://www.lda.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5lbn1.c.83599.de&template=allgemeintb02_lda), zuletzt eingesehen am 2.8.2011.

<sup>28</sup> „Die schlagen schneller zu“. In den neuen Bundesländern haben gewalttätig Neonazi-Gruppen massenhaft Zulauf. In: Der Spiegel, Nr. 22/1991, S. 78-85.

<sup>29</sup> Arbeitskreis Namibia Wittenberge: Wieso fliegt man fünf Wochen nach Namibia? In: Gisela Führung (Hg.): Lernen in weltweitem Horizont. Münster, New York, München, Berlin 1998, S. 179-185.

<sup>30</sup> Gesprächsprotokoll Marina Hebes 20.10.2011.



*Pfarrer Worch, namibische Lehrlinge und Axel Zimmermann 1992 in der Kirche*

zu entscheiden, ob er den Job annimmt. Mit Rainer Worch, Marina Hebes (seit 1. April 1991 Jugendpflegerin), Ines Sprenger und Almuth Berger sah er sich um und wurde auf ein Problem der Stadt aufmerksam: Viele inspizierten den Ort polit-touristisch und gingen dann wieder.<sup>31</sup> Die damals dominierende Frage war: „Wie kann eine Klimaveränderung herbeigeführt werden?“<sup>32</sup> Praktisch war die Jugendarbeit zum Erliegen gekommen. Nur der Jugendclub „Der Würfel“ bestand noch. Sehr schnell und improvisiert wurde beschlossen, dass Zimmermann im „Haus der Techniker und Naturfreunde“ wohnen könne. Kooperationspartner war neben dem Bündnis das sehr aktive Neue Forum.<sup>33</sup> So wurde im November 1991 der erste Mitarbeiter vom Büro der Ausländerbeauftragten nach Wittenberge in Marsch gesetzt. Noch heute erinnert man sich an den „Mann mit dem Beutel“ und ohne Gepäck, der eher wie ein zufälliger Passant auftauchte. Der Bürgermeister war dankbar für die Unterstützung. Der Sozialarbeiter aus Gelsenkirchen gestand sich aber rasch ein, dass seine Erfahrungen kaum auf den Osten übertragbar waren.<sup>34</sup> Es bestand eine strukturelle Divergenz der Auftragslage: Das Land ging noch vom „Jugendproblem“ aus, in der Stadt selbst wollte man aber vorwiegend auf die Erwachsenenwelt wirken,

<sup>31</sup> Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann 21.5.2012.

<sup>32</sup> Gesprächsprotokoll Almuth Berger 21.5.2012.

<sup>33</sup> Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann 21.5.2012.

<sup>34</sup> Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 9.

ohne die Jugendarbeit zu vernachlässigen.<sup>35</sup> Der Titel des Projekts, für das man eine Laufzeit von lediglich einigen Monaten angesetzt hatte, lautete „Integratives Miteinander von Kindern und Jugendlichen“.<sup>36</sup> Axel Zimmermann galt in Wittenberge zunächst als „Besserwessi“ im Jugendhaus. Sein Auftrag bezog sich in der Konkretisierung auf den Bereich Jugendarbeit, da die gefassten Täter männlich und weitestgehend jung waren. Erst aus den praktischen Gegebenheiten entwickelte sich später ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in der Erwachsenenarbeit. So war etwa die Gründung des Vereins „Miteinander Leben e.V.“ zunächst ein Schritt, der eher fördertechnische Gründe hatte, sich aber durch die Beteiligung der ehemaligen Oppositionsgruppe aus der DDR eigenständig entwickelt hat, und der überwiegend mit Erwachsenen arbeitet.

Neben der Jugendarbeit, die bis heute noch positiv bewertet wird, stand auch bereits der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen im Fokus der Arbeit. Das gelang auch erfolgreich: Bei einem Angriff auf das Flüchtlingsheim kamen viele zu Hilfe, d.h. es hatte sich eine couragierte Szene entwickelt.<sup>37</sup> Die in dieser kurzen Zeit entwickelten Strukturen existieren nach Aussage der Stadtjugendpflegerin Marina Hebes weitgehend bis heute. Axel Zimmermanns Arbeit charakterisiert sie im Rückblick folgendermaßen:

- die Geschwindigkeit der Prozesse war nur auf ihn zurückzuführen,
- er hat die Verbindung von Jugendarbeit, Stadtverwaltung und Kirche hergestellt,
- das Verhältnis zwischen Jugendarbeit und Polizei ist seit dieser Zeit recht gut.<sup>38</sup>

Bemerkenswert sind neben dieser Nachhaltigkeitsbilanz auch die emotional gefärbten Erinnerungen: Eine von Axel Zimmermann und Matthias Rochel angeregte London-Fahrt hat einen prägenden Eindruck hinterlassen. Die damaligen Teilnehmer erzählen noch heute davon. „Die Fahrt fand 1992/ 93 statt, als die beiden MBTler schon nicht mehr in der Stadt arbeiteten, aber sie haben trotzdem mitgemacht.“<sup>39</sup> Die positive emotionale Verbundenheit der MBTler zu den Menschen im Ort hat offenbar eine erhebliche Bedeutung für den Verlauf des Beratungsprozesses. Ähnlich verhielt es sich mit einer Fahrt von Jugendlichen der Jungen Gemeinde mit Pfarrer Worch und den namibischen

<sup>35</sup> Gesprächsprotokoll Marina Hebes 20.10.2011

<sup>36</sup> Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen: Brief an den Bürgermeister von Wittenberge Herrn Luft vom 7.11.1991.

<sup>37</sup> Gesprächsprotokoll Marina Hebes 20.10.2011.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> Ebd.



*Abfahrt der namibischen Jugendlichen und der Jungen Gemeinde in den Harz 1992*

Lehrlingen in den Harz. Die Tatsache, dass die Jugendlichen mit Afrikanern gemeinsam unterwegs waren, führte zu heiklen Situationen. Plötzlich waren die Wittenberger Jugendlichen selbst Adressaten von Diskriminierung. Zudem hatten sich auch Mädchen aus der Gruppe in Namibier verliebt. Bei der Rückkehr gab es dann erhebliche Probleme mit den durchaus liberalen Elternhäusern, denen es lieber gewesen, ihre Töchter hätten Interkulturalität lediglich akademisch bearbeitet.

Frau Hebes ist überzeugt, dass die Tätigkeit von Axel Zimmermann zur Gründung der RAA Wittenberge geführt habe, die über viele Jahre das Thema in der Stadt weiter bearbeitete; der Arbeitskreis „Integration“ sei zwar mittlerweile in Arbeitskreis „Familie“ umbenannt worden, infolge der personellen Kontinuität aber stehe das Thema Rechtsextremismus immer noch sehr weit oben auf der Agenda (z.B. die Aktionen 2009 gegen die DVU sowie die Beantragung eines Lokalen Aktionsplans).<sup>40</sup>

Die Wittenberge-Erfahrung führte zu ersten konzeptionellen Essentials für die zukünftige MBT-Arbeit:

- aufsuchende Arbeit vor Ort,
- rasche Unterstützung,
- mittelfristige Begleitung,
- Orientierung der Beratung an lokalen Gegebenheiten bei konzeptioneller Offenheit,
- der Bedarf nach Opferberatung.

<sup>40</sup> Ebd.



26. Oktober 1993 Veranstaltung der Kirche in Wittenberge mit Pfarrer Worch und Axel Zimmermann

In Wittenberge wurde auf eine Skandalisierung der Vorfälle verzichtet. Was damals eher intuitiv praktiziert wurde, ist seitdem zu einem ausdrücklichen Prinzip der MBT-Arbeit geworden: Skandalisierungen verhindern nahezu immer eine positive lokale Wirkung der Beratungsarbeit. Auch ein weiterer Aspekt der MBT-Arbeit war ebenfalls schon im Wittenberge-Projekt angelegt: „Bereits in dieser noch unreflektierten Situation kristallisierten sich die Konturen einer Herangehensweise heraus, die das MBT später als ‚Gemeinwesen bezogene politische Sozialarbeit‘ bezeichnen wird.“<sup>41</sup> Ein weiteres Charakteristikum war die Entwicklung des individuellen Beratungskonzeptes im Verlauf der Beratung. Zimmermann sieht heute den eigentlichen Erfolg darin, dass „die Pappnasen im Ministerium“ verstanden haben, wie wenig ein ausgefeiltes Konzept erforderlich ist, wie es zuvor gefordert worden war, „egal wie lange es dauert“; erforderlich ist eine solide Verständigung über die Richtung der Beratung, um dann per Versuch und Irrtum ein maßgeschneidertes Konzept in der Arbeit selbst zu entwickeln.<sup>42</sup> Im Wesentlichen ist dieses Verfahren bis heute beim MBT üblich: hingehen, hinschauen, nachfragen und erst dann: Vorschläge machen.

<sup>41</sup> Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 9.

<sup>42</sup> Gesprächsprotokoll Axel Zimmermann 21.5.2012. Die Formulierung ist zwar drastisch, aber sie entspricht durchaus der damaligen Wahrnehmung der aus dem Partnerbundesland Nordrhein-Westfalen entsandten Verwaltungsfachleute in den Ministerien.

## Schwedt

Nach dem durchaus gelungenen Experiment in Wittenberge kam es zu dem naheliegenden Versuch, das MBT als eine Art „Feuerwehr“ auch in anderen Kommunen des Landes einzusetzen. Im Fall Schwedt sollte sich zeigen, dass ein Beratungsprozess, der von außen verordnet wurde, nicht gelingen kann, auch wenn der Problemdruck erheblich ist.

„Als sich zwei Mitarbeiter des MBT im August 1993 auf Bitten der Ausländerbeauftragten für mehrere Monate nach Schwedt begaben, fanden sie dort eine Situation vor, die durch organisierte Gewalt auf der einen und Angst, Ohnmacht, Resignation auf der anderen Seite gekennzeichnet war.“<sup>43</sup>



*Almuth Berger 1992 mit Anweisungen zur richtigen Haltung*

Rückblickend räumt Almuth Berger ein, dass die Stadt die Beratung „hat wollen sollen“.<sup>44</sup> Die Situation war schon in den Jahren zuvor sehr schwierig gewesen. Sowohl für die Rechtsextremisten mit dem 1990 von Michael Kühnen verfassten „Arbeitsplan Ost“ wie auch für die Presse („Die Zeit“ und „Der Spiegel“) stand Schwedt im Fokus. 1991 wurde ein Obdachloser von Skinheads zu Tode geprügelt und 1992 wurde eine 13-jährige von Jugendlichen aus dem

<sup>43</sup> Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 27.

<sup>44</sup> Gesprächsprotokoll Almuth Berger 21.5.2012.

rechtsextremen Milieu gefangen, geprügelt, gefoltert und sexuell missbraucht. Sie starb an den Folgen.<sup>45</sup> Die Stadt hatte seit der Wende zunehmend Probleme mit rechtsextremen Gruppen, die systematisch versuchten, die Stadt unter ihre Kontrolle zu bringen.

Auslöser für die Intervention des MBT wurde 1993 der Vorfall, dass im Februar Neonazis eine Gruppe von vermeintlich „Linken“ angriffen und auf ein bereits bewusstloses Opfer weiter einprügelten. Der junge Mann lag zwei Wochen im Koma und musste 14 Wochen im Krankenhaus verbringen, um seine Verletzungen auszukurieren. Es blieben ihm irreparable Schäden. Im selben Jahr wurde der Klubraum des Stadtjugendrings niedergebrannt und Demonstranten gegen Rechtsextremismus wurden in Schwarzen Listen vermerkt und in den folgenden Tagen systematisch von Neonazis verprügelt. Zumindest im Bereich der Jugendkultur ging die Taktik der Rechtsextremen auf:

„Überfälle und massive Drohungen haben dazu geführt, daß es 1993 keine Jugendfreizeiteinrichtung mehr gab, die nicht von rechtsextremistischen Organisationen beherrscht wurde.“<sup>46</sup>

Im Verlaufe des Jahres 1993 zählte der Verfassungsschutz allein in Schwedt zwölf Angriffe auf vermeintlich linke Jugendliche.<sup>47</sup> Trotz der Eskalation der Gewalt wurde die „Nationalistische Jugend“ im März 1993 von der Verwaltung als Gesprächspartner anerkannt und konnte sich damit im öffentlichen Raum als politisch akzeptierte Kraft präsentieren. Die Szene in Schwedt – das zeigte sich schon nach kurzer Zeit – setzte weniger auf die Provokation rassistischer Auseinandersetzungen – viele Schwedter standen seit Jahren in dauerhaftem Kontakt mit ausländischen KollegInnen; Ziel war vielmehr eine strategische Übernahme der Macht in der Stadt aus dem Jugendbereich heraus. Das klingt heute zwar größenwahnsinnig, war damals aber durchaus im denkbaren Bereich. Die „Nationalistische Front“ (NF) und nach deren Verbot die „Sozialrevolutionäre Arbeiterfront“ (SrA) hatten stärker als andere rechtsextreme Organisationen gezeigt, dass sie die Macht mit allen Mitteln anstrebten. Vor allem Andreas „Oswald“ Pohl war mitverantwortlich für eine Reihe von Attentaten (Solingen, Dallgow). Die lokalen Aktivisten Wünsch

<sup>45</sup> Der Spiegel, Nr. 9/1993, 1.3.1993 und Antifaschistisches Info Blatt (AIB), Nr.60, Herbst 2003.

<sup>46</sup> Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 27.

<sup>47</sup> Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht 1993. Potsdam 1993, S. 30.

und Hansen<sup>48</sup> planten eine lokale Zellenstruktur, die für die Behörden nur schwer greifbar sein sollte. Die Täter von 1993 wurden nur sehr zögerlich verfolgt und das plötzliche Verschwinden von Beweismitteln legt nahe, dass die rechtsextreme Szene sehr gut mit der etablierten Gesellschaft der Stadt vernetzt war. Die „Autonome Antifa Schwedt“ (AAS) veröffentlichte zwar die „Geier-Wally“, eine Antifa-Zeitschrift, die aber nur wenig Wirkung in der Stadt entfalten konnte. Charakterisiert war die Situation durch die Tatsache, dass innerhalb der Kommune keine effektiven Gegenkräfte gegen die expansiven Rechtsextremisten vorhanden waren. Externe Interventionen blieben aber ebenfalls erfolglos. Im Juni 1993 kam es zu einer aus Berlin gesteuerten Gegendemonstration. Antirassistische Vereine und Gruppen aus dem Westteil Berlins wurden von der Bevölkerung nicht angenommen. Im Gegenteil: Die als Attacke auf die Stadt empfundene Veranstaltung führte eher zu einer Solidarisierung der lokalen Bevölkerung mit den rechtsextremen Tätern, während die externen Demonstranten sich befriedigt als „auf der richtigen Seite“ stehend stilisieren konnten.<sup>49</sup> Die Situation stellte sich also als verfahren dar. In dieser Stimmung wurde das MBT „eingesetzt“:

„Seit Mitte August 1993 sind zwei Mitarbeiter des ‚Mobilen Beratungsteams‘ (MBT) der Ausländerbeauftragten bei der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen Brandenburg in Schwedt tätig. Schwerpunkte der Tätigkeit des MBT sind u.a.

- Unterstützung der Ausländerbeauftragten der Stadt Schwedt mit dem Ziel, Begegnungen zwischen ausländischen Mitbürgern und Einheimischen zu organisieren,
- allgemein und in Einzelgesprächen Rassismus und Gewaltaktivitäten gegen sogenannte Linke und Ausländer zu thematisieren und damit eine öffentliche Auseinandersetzung zu fördern.“<sup>50</sup>

In dieser Situation war sehr unklar, wer der Auftraggeber des MBT war. Die Stadt hatte sich eher widerwillig bereit erklärt, das MBT zu tolerieren, die Landesministerien versprachen sich vor allem Entlastung und lokal fanden sich kaum Anknüpfungspunkte. Die Mitarbeiter des MBT in Schwedt (Fritz Dreke und Matthias Rochel) hatten einen schweren Stand, weil schon die Situationseinschätzung umstritten war:

<sup>48</sup> Inge Günther: „Die erste nationalsozialistische Stadt“. Ein Ort in Brandenburg kämpft gegen sein braunes Image. In: Die Zeit, Nr. 5/1994, 28.1.1994.

<sup>49</sup> Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 28.

<sup>50</sup> Landtag Brandenburg Drucksache 1/2449; 1. Wahlperiode: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 547 des Abgeordneten Harald Petzold Fraktion der PDS-LL, Drucksache 1/2335. Wortlaut der Kleinen Anfrage 547 vom 22.09.93: Rechtsradikale Gewalt in Schwedt. Antwort des Innenministeriums.

„Die allzulange und noch nicht völlig überwundene Tendenz in der Stadtverwaltung und Polizei, die Ursachen für die Gewaltausübung und permanente Gewaltandrohung zu verharmlosen, verstärkte die Handlungsunfähigkeit der demokratisch gesinnten, aktiven SchwedterInnen. Die unterschiedlichen Sichtweisen in der Beurteilung der Situation in Schwedt führten zu stark divergierenden politischen Ansätzen bei der Bewältigung der entstandenen Lage. Zahlreiche Gespräche wurden mit dem Ziel geführt, beim Abbau von gegenseitigem Mißtrauen und Vorurteilen zu helfen, um gemeinsame Klärungsprozesse bei der Herausarbeitung der Ursachen von Gewalt und Rassismus in Gang zu setzen und die Erarbeitung von Konzeptionen zu deren Bekämpfung zu ermöglichen.“<sup>51</sup>

Die bisher erprobten Methoden des MBT versagten in der Stadt:

„Die wichtigste Ursache für diese bedauerliche Tatsache ist darin zu sehen, daß die verantwortlichen Kommunalpolitiker, Verwaltungsbeamten und JugendsozialarbeiterInnen Schwedts die Situation in ihrer Stadt grundsätzlich anders einschätzten als die beiden Mitarbeiter des MBT.“<sup>52</sup>

Der Einsatz des MBT endete gefährlich. Bei einer städtischen Veranstaltung gegen rechtsextremistische Jugendkultur wurde von der Stadt eine Gruppe Rechtsextremer als „Sicherheitsdienst“ eingesetzt. Die Veranstaltung eskalierte und ein Veranstalter, der Lehrer Peter Fuchs, wurde von Rechtsextremen aus dem Saal gejagt. Es gelang ihm zunächst zu fliehen, doch die Schläger holten ihn ein. Sie traten ihn zusammen und er blieb mit Nasenbeinbruch und Gehirnerschütterung liegen. Der MBT-Mitarbeiter Matthias Rochel wollte ihm zu Hilfe kommen, wurde aber sofort ebenfalls zum Angriffsziel der Rechtsextremen. Ihm gelang knapp die Flucht. Die Polizei nahm seine Anzeige nur widerwillig auf und das Verfahren wurde nach einigen Monaten eingestellt.<sup>53</sup>

Die Situation in Schwedt hatte zu einer konzeptionellen Veränderung der MBT-Arbeit geführt: Grundsätzlich versteht sich das Team nicht als exekutives Organ, das sich von staatlichen Stellen einsetzen lässt.<sup>54</sup>

Die damals auftretenden Probleme bestanden noch etliche Jahre weiter:

- Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wurden als vorübergehende Jugendprobleme betrachtet,

<sup>51</sup> Fritz Dreke: MBT Mobiles Beratungsteam. Interkulturelle Blätter 4. Potsdam 1994.

<sup>52</sup> Lehnert, Wagner: MBT Mobiles Beratungsteam, S. 28.

<sup>53</sup> Gesprächsprotokoll Matthias Rochel 25.6.2012.

<sup>54</sup> Tatsächlich wurde und wird gelegentlich staatlicherseits Druck ausgeübt, um akute Problemlagen schnell zu „bereinigen“. Wo das nicht dem unmittelbaren Willen der Betroffenen entsprach, ist die Intervention des MBT in der Regel aber gescheitert.

- „linke“ Gruppen, die das Thema lokal thematisierten, wurden als Verursacher des Problems bezeichnet,
- der Presse wurde vorgeworfen, sie habe durch die Berichterstattung das Thema erst attraktiv gemacht und sei deshalb verantwortlich für die Radikalisierung im Ort,
- alle Gruppen (auch die Polizei und der Verfassungsschutz), die mit einer kommunal nicht-konformen Situationsbeschreibung agierten, wurden als „linksextrem“ bezeichnet.<sup>55</sup>



*Axel Zimmermann, Frauke Postel, Fritz Dreke 1995*

Der Fall Schwedt zeigte die Grenzen der mobilen Beratung auf: Eine Beratung funktioniert nur auf freiwilliger Basis und setzt willige Akteure voraus. Das war in der Stadt nicht gegeben. Es fehlte an einem funktionierenden Netzwerk, das sich als Akteursnukleus weiterentwickeln konnte. Vereinzelte Bürger, die sich engagierten, oder der Runde Tisch „Für den Frieden in unserer Stadt“ konnten kaum Wirkung erzeugen, da sie nicht in der Lage waren, eine eigene Situationsbeschreibung des Rechtsextremismus zu formulieren. Damit fehlte die Grundlage für angemessene und an die kommunalen Verhältnisse angepasste Maßnahmen.

<sup>55</sup> Fritz Dreke, Matthias Rochel: Offener Brief an unsere Schwedter Gesprächspartner – Eine Gesprächsgrundlage. Schwedt 10.11.1993. Das Papier ist ein sehr höflicher Abgang auf das Konzept des MBT in Schwedt. Punktuell blieb das Team mit Frauke Postel noch im Ort, aber einen „Ruck“ hat es in der Stadt nicht gegeben.

## Storkow

Das MBT hatte bei zunehmender Professionalisierung und hoher Nachfrage seit 1994 erhebliche Schwierigkeiten, arbeitsfähig zu bleiben. Die Korrekturen und Reaktionen auf neue Konstellationen und Rahmenbedingungen führten zu erheblichen Überlastsyndromen. Ein Versuch, das Thema Rechtsextremismus komplex und systemisch anzugehen, wurde mit dem Friedensdorf Storkow bereits seit 1992 unternommen. Der Aufbau des Friedensdorfes bis 1998 erforderte allerdings enorme personelle Anstrengungen. Frauke Postel war weitestgehend damit ausgelastet und auch Axel Zimmermann arbeitete dort. Dieser Versuch fand zwar eine sehr hohe Anerkennung auch über das Land Brandenburg hinaus, das Vorhaben war aber so aufwändig, dass es kaum wiederholbar schien.



*Verleihung der Verdienstmedaille an Frauke Postel durch Bundespräsident Herzog am 5.12.1996*

Mit diesem Projekt war eine wesentliche Modifikation der Arbeit verbunden. Ausgelöst wurde die Initiative für das Projekt durch fremdenfeindliche Vorfälle um das Asylbewerberheim. Das MBT unterstützte hier die Bildung einer Bürgerinitiative in der Stadt, die eine Idee des Komitees Cap Anamur aufgriff und umsetzte: Der erschreckenden Zunahme rechtsextremer Aktivitäten sollte ein anspruchsvolles Bauprojekt entgegengesetzt werden, das aussteigebereiten Jugendlichen, aber auch zugewanderten Flüchtlingen eine berufliche und soziale Perspektive bieten sollte.



*RAA Treffen Friedensdorf: Die RAA-Kollegen und Kolleginnen im April 1996 zu Besuch im Friedensdorf, rechts Hilde Schramm*

Im Zentrum stand das Gemeinwesen als Ganzes. Leitbild war der systemische Ansatz: Die damalige Ausländerbeauftragte von Beeskow, Angela Fleischer-Wetzel, stand als Verwaltung hinter dem Projekt, der Standortkommandeur des Pionierbataillons unterstützte das Projekt durch aktive Mitarbeit und die Zivilgesellschaft engagierte sich für das Friedensdorf. Der tradierten Annahme, Rechtsextremismus sei ein Jugendproblem, wurde hier die These entgegengesetzt, dass die Ursachen in der Mitte der Gesellschaft liegen. Die Beratungsarbeit, die in diesem Fall auch die Übernahme der Projektleitung bedeutete, wurde von 1992 bis 1998 geleistet. Der Ansatz der Beratung bezog mit der Errichtung des Friedensdorfes praktisch auch die Stadtplanung mit ein. Das Übermaß an Aufgaben überforderte die Mitarbeiter jedoch. Von der Opferberatung, der Flüchtlingsbetreuung bis zur Kooperation mit der Bundeswehr und dem Einwerben der benötigten Geldmittel reichte das Spektrum.

Um der Selbstüberforderung zu entgehen, konzentrierte sich das MBT 1997 auf den Bereich Ostbrandenburg, d.h. das Dreieck zwischen Berlin, Frankfurt (Oder) und Cottbus. Nach dem Weggang von Axel Zimmermann und Matthias Rochel kamen zwei neue Mitarbeiter hinzu: der Soziologe Ray Kokoschko und der Kriminalist Bernd Wagner. Ray Kokoschko führte die wissenschaftlich haltbare Situationsbeschreibung für Kommunen 1996 ein. In



*Besuch im Friedensdorf. Vordere Reihe, v.l.n.r.:  
Axel Zimmermann, Frauke Postel, Regine Hildebrandt, Almuth Berger (verdeckt)*

Fürstenwalde beschrieb er erstmals systematisch die lokale Jugendkultur und gab der Kommune damit Material an die Hand, auf dessen Grundlage politisch entschieden werden konnte. Diese Beschreibungen gehören bis heute zum Kanon der Arbeitstechnik des MBT. Mit Bernd Wagner kam ein profilierter Rechtsextremismusexperte ins Team. Als Kriminaloberrat war er zuvor Leiter des „Staatschutzes im Gemeinsamen Landeskriminalamt der Neuen Bundesländer“; vor 1989 hatte er sich mit rechtsextremen Strukturen in der DDR beschäftigt. Seine präzise Kenntnis der rechtsextremen Szenen in Brandenburg machte das MBT zu einer gefragten Größe für die Presse, was bis 1997 nicht immer für Begeisterung bei den brandenburgischen Ministerien sorgte. Heute zeigen seine zahlreichen Interviews und Veröffentlichungen, dass nicht er in der Beurteilung der Lage falsch lag.

Die Jahre von 1993 bis 1998 waren für das MBT bestimmt von der Methodenerweiterung, der Veränderung der Blickwinkel (weg vom Jugendproblem, auch wenn der sozialpädagogische Zweig noch einige Jahre stark ausgeprägt blieb) und einer deutlichen Professionalisierung.

## Die Wende in Brandenburg

Es kommt nicht häufig vor, dass ein amtierender Politiker öffentlich eine Fehleinschätzung zugibt und aus seiner Einsicht eine Veränderung der politischen Konzeption entwickelt. Manfred Stolpe hat das 1997 getan. Ab dem Frühjahr des Jahres ging es zunächst darum, die vorhandenen staatlichen Ansätze stärker mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in Verbindung zu setzen. Auslöser waren nicht etwa neue statistische Daten, sondern eine Diskussion mit jungen Rechtsextremisten in einer Cottbuser Schule gewesen.<sup>56</sup> Der unmittelbare Kontakt mit jungen Nazis überzeugte den Ministerpräsidenten davon, dass es sich nicht um ein pädagogisches, sondern um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelte, das dauerhaft existieren würde. „Wir konnten die nicht überzeugen“, so Stolpe. Ihm sei dann klar geworden, wie groß das Problem ist, und er habe erkannt, „dass wir eine Bewegung der ganzen Gesellschaft brauchen.“<sup>57</sup> Ein „Aktionsbündnis“ sollte sich formieren, das engagierte Akteure jenseits staatlicher Einrichtungen miteinander in Verbindung bringen sollte, um sie zu stabilisieren und in Stand zu setzen, sich lokal auf mehr Menschen zu stützen. Am 25. September 1997 kam es auf Beschluss der Landesregierung zur Gründung eines „Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“. Nach anfänglichen konzeptionellen Problemen, die sich aus der Teilnahme staatlicher Institutionen an dem zivilgesellschaftlichen Bündnis ergaben, etablierte sich das Aktionsbündnis als Unterstützungsagentur für Bürgerinitiativen.<sup>58</sup>

Das Aktionsbündnis wurde nach einigen Kontroversen konzeptionell erweitert dem Bildungsministerium zugeordnet und professionalisiert. Dort trafen sich landesweite Organisationen, lokale Bündnisse und Einzelpersonen, um sich zum Thema Rechtsextremismus überregional auszutauschen. Fast alle der lokalen Bündnisse wurden und werden auch durch das MBT beraten. Die damaligen Befürchtungen, dass es mit einer Anbindung an ein Ministerium zu einer „verstaatlichten Zivilgesellschaft“ kommen könne, waren nicht gering. Diese Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Es gelang dem Aktionsbündnis mit seinen Vorsitzenden – Geistliche der Evangelischen Kirche – Wischnath, Lohmann und Asmus in den letzten 15 Jahren immer sehr gut, das System zwischen Staat und Gesellschaft auszubalancieren.

<sup>56</sup> Online verfügbar unter: <http://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/aktuelles/aktionsbuendnis-feierte-jubilaemum>, zuletzt eingesehen am 16.5.2012.

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> Wolfram Hülsemann: Rahmenbedingungen und politischer Hintergrund der Beratungsarbeit im Gemeinwesen. In: Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke. Ein Werkstattbuch. Potsdam 2004, S. 9.

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung Brandenburg wurde im Jahre 1998 beschlossen und ist Leitbild für die Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Man mag es mit guten Gründen bedauern, dass es erst 1998 zu diesem Beschluss gekommen ist.<sup>59</sup> Dennoch war Brandenburg das erste Bundesland, das offen und öffentlich zugab, mit einem massiven Problem Rechtsextremismus konfrontiert zu sein, das mittels Repression allein nicht zu lösen sei. Alle anderen, damals noch „Neue Länder“ genannten Bundesländer haben das erst später (Sachsen-Anhalt 1999) oder haben es nie getan.<sup>60</sup> Die Einführung eines Bundesprogramms, das mobile Beratungsteams in den östlichen Ländern förderte, war auch gegen die Bundesländer gerichtet, die den zivilgesellschaftlichen Lösungsweg ablehnten.

Ursprünglich war geplant, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ von allen Ministerien tragen zu lassen: „Alle Ministerien wussten sich aufgerufen, den eingeleiteten Prozess im Sinne einer Querschnittsaufgabe zu befördern und in den eigenen Fachbereich mit einfließen zu lassen.“<sup>61</sup> Doch schon kurz darauf lag die „Federführung“ beim MBS und sukzessive entfernten sich die anderen Ministerien aus der täglichen Arbeit. Das war nicht nur von Nachteil, denn es gab einige Ministerien die unmittelbar wenig mit dem Thema zu tun hatten, und wo eine ständige, ritualisierte Teilnahme am Handlungskonzept eher zu Abwehrreaktionen geführt hätte. Der Aspekt der Querschnittsaufgabe wurde trotzdem inhaltlich nie verlassen. Bis heute ist es für das MBT unproblematisch, mit jedem Ministerium, jeder Ministerin oder jedem Minister Kontakt aufzunehmen, wenn dazu ein Anlass besteht. Analog zum „Aktionsbündnis“ wurde das MBT, das ja gewollt im politischen Raum agieren soll, in der freien Trägerschaft der RAA belassen:

„Für die Entwicklung der Beratungsstruktur und des Beratungskonzeptes des Mobilen Beratungsteams waren diese Klärungen von Bedeutung: die Landesregierung beauftragte einen erfahrenen freien Träger (hier die RAA Brandenburg e.V.)

<sup>59</sup> Heinz Kleger: „Tolerantes Brandenburg“ – staatliche und nicht-staatliche Handlungschancen. In: Julius H. Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse und Intervention. Berlin 2007, S. 165.

<sup>60</sup> Friedemann Bringt, Lorenz Korgel: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur. In: RAA Berlin (Hg.): Wahrnehmen – Deuten – Handeln. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus. Zur Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR). Bulletin 6/2004. Leipzig 2004, S. 6.

<sup>61</sup> Hülsemann: Rahmenbedingungen und politischer Hintergrund, S. 9.

für das Organisieren politischer Beratungsarbeit im Lande, beschrieb die Optionen und legte den finanziellen Rahmen fest. Der Arbeitsverlauf sollte, nicht nur wegen der Mittelverwendung, kritisch beobachtet werden. Aber Anweisungen seitens der Landesregierung, gar solche mit parteipolitischer Präferenz (die es auch nie gab), waren von vornherein ausgeschlossen.“<sup>62</sup>

Im Träger führte die Erweiterung des MBT auf zunächst zehn MitarbeiterInnen zu Turbulenzen. Mit Wolfram Hülsemann gab es erstmals einen Vorgesetzten im Team. Das vorher in der RAA unter Hilde Schramm eher als „Projekt“ laufende MBT hatte große Freiheiten gehabt und agierte weitgehend selbstbestimmt. Durch das Handlungskonzept änderte sich maßgeblich auch der Aufgabenbereich des MBT. An der Formulierung dieser Veränderung des Aufgabenbereichs waren die MBTler Frauke Postel, Ray Kokoschko und Bernd Wagner sowie die Leiterin der RAA Hilde Schramm beteiligt.<sup>63</sup> Das führte im Nachgang zu erheblichen Spannungen im Team, als der „fachfremde“ Wolfram Hülsemann begann, die neue Linie inhaltlich und personell durchzusetzen. Die etablierten MBTler empfanden sich als Wahrer der MBT-Idee und -Methode, während Wolfram Hülsemann versuchte, die neuen Anforderungen der Landesregierung zu erfüllen. Beide Positionen hatten ihre Berechtigung, aber die Konflikte waren bei den Neuen deutlich spürbar.

Auch bei den RAA-KollegInnen blieb die Erweiterung nicht folgenlos: Das MBT galt als elitär und arrogant, weil es – sehr gut ausgestattet und mit einer hohen Wertschätzung versehen – in der öffentlichen Wahrnehmung schnell eine hohe Präsenz erlangte. Bei gleichzeitig sinkendem Etat der RAA-Projekte kam das einer gefühlten Entwertung der Arbeitsleistung und des Engagements der KollegInnen gleich. Diese Konflikte begleiteten die Arbeit die ersten Jahre nach dem Neuanfang.

#### **Manfred Stolpe**

„Als Anfang der 90er Jahre in Brandenburg Hetze gegen Ausländer vorkam und auch brutale Angriffe gegen sie stattfanden, vermutete ich verwirrte Einzeltäter. Ich war dagegen, diese Fälle durch Dramatisierung aufzuwerten, und fürchtete um das Ansehen Brandenburgs. Doch diese widerlichen Vorkommnisse rissen nicht ab. Das ging die ganze Zivilgesellschaft an. Ich wollte, dass die schweigende Mehrheit der Gutwilligen zu einer handelnden Mehrheit wird.“<sup>64</sup>

<sup>62</sup> Ebd., S. 10.

<sup>63</sup> Hilde Schramm: Schreiben an Staatssekretär Gerd Harms vom 7.8.1998 „Kommunale Beratung. Grundsätze der Arbeit“, Projektbewerbung, 5 S.

<sup>64</sup> RAA Brandenburg (Hg.): 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie. Potsdam 2008, S. 18.

## Nach dem Neuanfang

1998 kam es mit dem Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ zu einer deutlich veränderten Auftragslage für das MBT.<sup>65</sup> Gerd Harms, damals Staatssekretär im MBS und seit Frühjahr 1998 maßgeblich an der Entwicklung des „Toleranten Brandenburg“ beteiligt, sieht drei große Veränderungen gegenüber den vorangegangenen Bemühungen:

- nunmehr waren alle Ressorts der Landesregierung mit dem Problem beschäftigt,
- einer damals verbreiteten Haltung (vor allem der Kommunen) zur Verleugnung oder Verniedlichung des Problems wurde ein Riegel vorgeschoben,
- die Bevölkerung wurde über die Mobilisierung in die Problemlösung mit einbezogen.<sup>66</sup>

19.09.98 24.

**Die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen,  
Jugendarbeit und Schule, Brandenburg e. V. (RAA)**

sucht ab sofort, zunächst für 3 Jahre, zur Umsetzung eines Elements des „Handlungskonzepts der Landesregierung Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit • Tolerantes Brandenburg“

- acht Beraterinnen und Berater für Kommunen, Einrichtungen und Bürgergruppen;
- eine(n) Sachbearbeiter(in) zur Unterstützung des Leiters für Koordinierung und Finanzverwaltung (mit Sitz in Potsdam).

Die Mitarbeiter/innen des aufzubauenden Teams sollen Bürger und Verantwortungsträger vor Ort zur Stärkung der Zivilgesellschaft und einer demokratischen Kultur unterstützen und zusammen mit ihnen Handlungsstrategien zur Prävention und zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus entwickeln.

Die Mitglieder des Teams werden jeweils zu zweit regional tätig sein und zugleich entsprechend ihrer Spezialkompetenzen im Gesamtbereich Aufgaben übernehmen.

Erforderlich ist professionelle Beratungskompetenz. Erwünscht sind Erfahrungen in Krisenintervention, Projektentwicklung und Fortbildung.

Die Eingruppierung für die Berater/innen erfolgt in der Regel nach BAT-Ost IVa für den/die Sachbearbeiter/in BAT-Ost Vb.

**Bewerbungen bitten wir bis 12. Oktober 1998 zu richten an:  
RAA Brandenburg e. V., August-Bebel-Str. 88, 14482 Potsdam.**

GESD 1 – 23.09.1998

*Stellenanzeige der Ausschreibung 23.9.1998*

<sup>65</sup> „Tolerantes Brandenburg“. Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Potsdam 1998.

<sup>66</sup> So in: Alfred Roos: Das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: RAA Brandenburg (Hg.): 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie. Potsdam 2008, S. 28f.

Vor allem die Erwartungen zur Mobilisierung „der Zivilgesellschaft“ und die Arbeit mit den Kommunen wurden an das MBT herangetragen. Der Begriff der Zivilgesellschaft verfolgte die Arbeit des MBT eine ganze Weile als Lösungswort einer unausgesprochenen Heilserwartung seitens der Landespolitik. Manfred Stolpe meinte relativ pragmatisch, dass „die schweigende Mehrheit der Gutwilligen zu einer handelnden Mehrheit“ werden sollte.<sup>67</sup> Das dahinterstehende Denkmuster ließe sich als Vision eines „tugendhaften Bürgers“ interpretieren,<sup>68</sup> doch auf der Handlungsebene in den Regionen war der Ansatz schwer nachvollziehbar. Demokratische Grundwerte und die bundesdeutsche Verfassung waren dort kaum bekannt, es gab bis auf die Schulen niemanden, der diese Werte mit der Bevölkerung diskutierte und sie zur Teilnahme am öffentlichen Diskurs ermunterte: die Demokratie hatte ihre maßgebliche Erscheinungsform noch in der D-Mark.

Einige Absichten im Handlungskonzept sind nur zu Beginn – d.h. solange sich die betroffenen Akteure an das Konzept erinnern konnten – verfolgt worden. So etwa: „Wenn schwere Gewalttaten geschehen sind, zeigen Mitglieder der Landesregierung Präsenz. Sie werden demonstrativ die Opfer besuchen und so Solidarität beweisen.“<sup>69</sup> Das geschah beispielsweise beim ersten tödlichen Überfall nach dem Beschluss des Handlungskonzeptes 1999 in Guben, wo der damalige Ministerpräsident Stolpe und Innenminister Alwin Ziel über einen längeren Zeitraum den lokalen Prozess aktiv begleiteten. In der Folgezeit ist diese Selbstverpflichtung dann auf die Staatssekretärebene delegiert worden und später an lokale politische Repräsentanten. Das war auch durchaus sinnvoll, denn die PR-trächtigen Auftritte von MinisterInnen in zumeist ländlichen Regionen führten zu erheblichen Verwerfungen und viel Stress in den betroffenen Gemeinwesen.

Eine noch wesentlichere Veränderung der MBT-Arbeit ergab sich aber aus den organisatorischen Neuerungen. Für die Opfer rechtsextremer Gewalt (damals überwiegend tatsächliche oder vermeintliche MigrantInnen) sollte eine spezielle Betreuung geschaffen werden:

„Es werden Projekte freier Träger gefördert, die den Opfern rechter und fremdenfeindlicher Straftaten schnellstmöglich beratend helfen, die Unterstützung der Opfer durch das soziale und politische Umfeld vor Ort organisieren und die Taten und ihre Folgen dokumentieren und öffentlich bekannt machen.“<sup>70</sup>

<sup>67</sup> Ebd. S. 18

<sup>68</sup> Lorenz Korgel: Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Unveröff. Diplomarbeit der FU Berlin, Otto-Suhr-Institut. Berlin 1999, S.40ff.

<sup>69</sup> „Tolerantes Brandenburg“. Handlungskonzept der Landesregierung, S.4.

<sup>70</sup> Ebd. S.4

Mit der Betreuung der Opfer kamen nun Akteure neu hinzu, die Teile der ehemaligen MBT-Arbeit übernahmen und gleichzeitig im selben Gemeinwesen agierten. Zudem wirkte sich die explizite Aufforderung nach Öffentlichkeit sehr auf die MBT-Arbeit aus: Hatte die Opferberatung einen durchaus skandalisierenden Auftrag, war das MBT auf Menschen angewiesen, denen nicht unbedingt an überregionaler Öffentlichkeit gelegen war. Das Verhältnis zwischen „Opferperspektive“ und MBT hat sich nach anfänglichen Schwierigkeiten sehr gut austariert. Ähnlich, wenn auch nicht konfliktgeladen gestaltete sich das Verhältnis zum bereits erwähnten „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, das sich speziell als Serviceagentur für die regionalen Bündnisse etabliert hat.

Dass das MBT aus dem Verantwortungsbereich der Ausländerbeauftragten Almuth Berger herausgelöst und dem Bildungsministerium zugeordnet wurde, sorgte für weiteren Missmut in Teilen der Landesverwaltungen. Für das MBT war es insofern schwierig, weil über die Jahre mit den MitarbeiterInnen der Ausländerbeauftragten ein sehr intensives und freundschaftliches Verhältnis bestand, das durch die personelle Aufstockung des MBT geschwächt wurde, weil der Alltagskontakt entfiel und die neuen MitarbeiterInnen die gewachsene Verbindung nicht hatten.<sup>71</sup>

Damit änderte sich der Arbeitsauftrag insofern, als der Bereich der MigrantenInnen nicht mehr ein primäres Aufgabenfeld für das MBT war. Der Wechsel vom Sozialministerium zum Bildungsministerium lief nicht problemlos ab. Zunächst wurde vermieden, überhaupt noch von einem MBT zu sprechen. Im „Handlungskonzept“ wird unter der Überschrift „Kommunales Beratungsangebot“ recht ungefähr formuliert:

„Zur Unterstützung der kommunalen Öffentlichkeit – der Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder und insbesondere der Menschen, die gegen Gewalt und Rechtsextremismus agieren wollen, und der Verantwortungsträger in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Parteien, Vereine) – wird vom Land Brandenburg ein von der örtlichen Ebene abrufbares Beratungsangebot zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieses Angebots soll die Moderation von Prozessen im Gemeinwesen erfolgen, aber auch praktische Hilfe bei der Realisierung von Diskussionsprozessen, Projekten und Initiativen geleistet werden. Daneben wird für die aktiven Menschen vor Ort ein Fortbildungsangebot organisiert. Das Abrufangebot richtet sich an das gesamte Gemeinwesen, nicht nur an Schule und Jugendarbeit. Es steht nicht nur den aktuell betroffenen Gemeinden zur Verfügung, sondern in einem präventiven Ansatz allen Gemeinden. Mit dem Aufbau des Projekts soll im

<sup>71</sup> Gesprächsprotokoll Almuth Berger 21.5.2012.



*Wolfram Hülsemann (im Hintergrund v.l.n.r.: Angela Kühne, Ray Kokoschko, Robin Kendon, Gerd Wermerskirch)*

Herbst des Jahres 1998 begonnen werden. Für diesen Zweck sind im laufenden Haushaltsjahr 250.000 DM reserviert. Die Summe wird im kommenden Jahr auf 1,3 Millionen DM aufgestockt.“

Seitens der Geldgeber wollte man vermeiden, dass die Skandalisierungen der Existenz von rechtsextremen Szenen in den Regionen, die das MBT öffentlich betrieben hatte, die Beratungsarbeit behinderten. Die Befürchtung, dass das Label „MBT“ Kommunen aus Angst vor Anprangerung abhalten könnte, die Beratungsleistung in Anspruch zu nehmen, hat sich als nicht gerechtfertigt erwiesen. De facto hat das MBT genau diese Strategie seit der Aufnahme der Arbeit der „Opferperspektive“ vermieden.

Über Almuth Berger wurde recht früh der ehemalige Superintendent von Königs Wusterhausen, Wolfram Hülsemann, als Leiter des erweiterten und regionalisierten MBT ins Spiel gebracht. Er leitete das Team als Geschäftsführer von 1999 bis 2008.

Zum 1.1.1999 wurde das MBT auf zehn MitarbeiterInnen aufgestockt und mit Büros in fünf Orten ausgestattet. Die früheren MitarbeiterInnen wurden übernommen; in den Bewerbungsgesprächen mit den Bewerbern wurde neben der fachlichen Qualifikation auch ein Umzug in die jeweilige Region erwartet. Diese Residenzpflicht modifizierte den Ansatz der ersten Anfänge: Es war praktisch nicht möglich, MitarbeiterInnen zu finden, die für längere Zeit am Ort ihres Einsatzes eine Wohnung beziehen. Der Kompromiss be-



*Das MBT 2002 (v.l.n.r.): Karin Dörre, Sascha Quäck, Uta Pehl, Birgit Wiese, Katharina Doyé, Frauke Postel, Dirk Wilking, Ray Kokoschko, Angela Kühne, Gerd Wermerskirch, Robin Kendon, Wolfram Hülsemann*

stand nun darin, dauerhafte Ortsansässigkeit zu einer Einstellungsvoraussetzung zu machen. Diese Regel ist mit Abstrichen insofern bis heute gültig, als in der Regel wenigstens ein Teammitglied in einem Landkreis lokal verankert ist und über Regionalkompetenz verfügt.

Die personelle Erweiterung verlief phasenweise recht konfliktreich. Die Auseinandersetzungen um die personelle Zusammensetzung der Zweiergespanne in den Regionalbüros (das waren zuerst Forst, Fürstenwalde, Belitz, Neuruppin und Schwedt) führten zu einer personellen Fluktuation. Zeittypisch war ferner eine Ost-West-Spannung und schließlich gab es eine Spannung zwischen dem „alten“ Team und den neuen Strukturen. Damit wird nicht die generell positive Zusammenarbeit zwischen den KollegInnen abgewertet. Das Team begegnete sich fast immer freundschaftlich und oft liebevoll – auch wenn nicht alle neuen Vorschläge als gute Vorschläge gelten konnten. Wolfram Hülsemann hatte so manche kleine Niederlage einzustecken, so etwa als sich der neue Name des Teams „Bürgerverantwortung für Weltoffenheit. Mobiles Beratungsteam“ nicht durchsetzen konnte. Innerhalb weniger Wochen rutschte der klangvolle Slogan in unseren damals noch selbst gemachten Flyern immer weiter nach unten. Als dann ein Landrat anlässlich einer Terminvereinbarung durch sein Büro beim Sektenbeauftragten nachfragen ließ, ob es sich bei dieser Weltoffenheitstruppe um eine gefährliche Gruppierung handele, verschwand der neue Titel endgültig. Auch die Gründung eines Betriebsrates stieß nicht sofort auf Begeisterung.



*Suspekte Titel ...*



*... gehören weg.*

In den ersten Jahren des vergrößerten Teams kam es durch die interdisziplinäre Zusammensetzung im Team zu einer kleinen Methodenexplosion. Ohne dass dies von den einzelnen deutlich bemerkt wurde, übernahmen die KollegInnen voneinander Elemente der Arbeit oder modifizierten ihre eigenen durch Diskussionen in der kollegialen Beratung.

Nachdem Wolfram Hülsemann 2008 in den Ruhestand verabschiedet wurde, übernahm der Verfasser die Geschäftsführung des MBT. Neu war, dass die Stelle öffentlich ausgeschrieben wurde. Das Team hatte sich auf Anregung von Wolfram Hülsemann auf einen eigenen Bewerber geeinigt. Das transparente Verfahren dauerte lange und war für alle Beteiligten sehr anstrengend. Schließlich fiel die Entscheidung nach zwei Monaten. Der personelle Wechsel stellte sich nicht als Paradigmenwechsel dar, aber es änderte sich die Arbeitsatmosphäre infolge des Umstands, dass der neue Geschäftsführer fast zehn Jahre lang die gleiche Arbeit wie die KollegInnen gemacht hatte.

## Zwei neue Tätigkeitsfelder

In der ersten Hälfte der 2000er Jahre entstand beim MBT ein Projekt, das sich mit der deutsch-polnischen Nachbarschaft beschäftigte. „MBT-Eurokomm“ bestand aus zwei Projektphasen: Anlässlich des EU-Beitritts Polens (Mai 2004) befasste man sich in der ersten Projektphase seit November 2003 hauptsächlich mit dem verbreiteten antipolnischen Ressentiment. Das Team in Fürstenwalde bestand aus Katja Hoffmann, Gudrun Kirchhoff, Ryszard Cenquier, Witold Kaminski und Jan Kasiske.



*Das MBT 2005 v.l.n.r.: Karin Lorenz, Robin Kendon, Angela Kühne, Jürgen Lorenz, Gabriele Schlamann, Witold Kaminski, Thomas Weidlich, Gudrun Kirchhoff, Wolfram Hülsemann, Ryszard Cenquier, Theo Fontana, Miriam Schilling*

Das Projekt sollte Diskussionen in den Grenzregionen anregen, die den Beitritt Polens zur EU als Chance für Brandenburg darstellen. Es sollte keine „verordnete Völkerfreundschaft“ proklamiert werden, sondern die Chance eines gemeinsamen kulturellen und wirtschaftlichen Raumes kommuniziert werden.<sup>72</sup> Die KollegInnen arbeiteten auf beiden Seiten der Grenze und konnten durchaus ihren Beitrag zu einer Entspannung leisten. „Bürgerwehren“ gegen Polen und rechtsextreme Wellen in den Grenzstädten blieben aus. Allerdings ist das Thema des gemeinsamen Wirtschaftsraumes nicht durchgedrungen. Aus diesem Grund wurde „Eurokomm II“ in Forst gestartet. Von 2006 bis 2008 arbeiteten Ryszard Cenquier und Witold Kaminski in der Stadt Forst zu mikro-ökonomischen Aspekten. Das Thema einer kleinwirtschaftlichen Zuwanderung nach Forst stand im Zentrum der Bemühungen. Obwohl sich die Erfolge des Projektes sehen lassen konnten, musste es wegen mangelnder Fi-

<sup>72</sup> MBT-Eurokomm (Hg.): Grenz motive. Nachdenken über die Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen. Potsdam 2004.

nanzierung fallen gelassen werden. Eine Einsicht der beiden Projektphasen ist das erstaunliche Ausblenden ökonomischer Wirklichkeiten in den brandenburgischen Kommunen. Weder nimmt man in den Kommunen im nördlichen Brandenburg wahr, dass Stettin eine Boomtown Europas ist, von der man partizipieren kann, noch greifen Argumente im Süden, etwa wenn Ministerpräsident Platzeck wie am 26. Februar 2008 in Forst über die Überlebenschancen der Stadt spricht.<sup>73</sup> Spannend an diesem regionalen Versuch war allerdings, dass in der mikro-ökonomischen Situation die Prozesse der Annäherung sehr deutlich und plastisch zu Tage traten und damit wichtige Erkenntnisse für die kommunale Entwicklung brachten.

Eine gewisse Ähnlichkeit mit dem MBT-Eurokomm hatte das MBT-Projekt „Elternwege“. Ebenfalls aus der MBT-Arbeit generiert, wurde die Beratung von Eltern rechtsextremer Jugendlicher über das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ finanziert. Die Idee, eine aufsuchende Elternberatung mit lokal angepassten Lösungsideen anzubieten, fand allgemein eine positive Resonanz. Katharina Reichmann und Mario Feist arbeiteten in dem Projekt von 2007 bis 2008. Beendet wurde es – wie „Eurokomm“ – aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten. Das Konzept und die Ergebnisse sind gut dokumentiert.<sup>74</sup> Bedauerlich ist die Lücke, weil die bestehenden Systeme (Erziehungsberatung, Bewährungshelfer, Schulpsychologen u.a.) nach unserer Erfahrung mit einem „ideologischen“ devianten Verhalten meist überfordert sind. Das liegt häufig daran, dass sie in ihrer Ausbildung das Individuum in den Mittelpunkt stellen und dann das familiäre Umfeld betrachten. Gruppenbildung in den Lebensmilieus (sowohl der Jugendlichen als auch der Eltern) gehören nicht unbedingt zu den von ihnen bevorzugt betrachteten Faktoren.

<sup>73</sup> Aus den Gesprächen im Hotel Wiwo in Forst, wo Platzeck länger auf die Bedeutung der polnischen Region für Forst hinwies, wurde nur der Aspekt des Verkehrs, der von Polen durch Forst hindurch geleitet wird, öffentlich diskutiert. Jan Selmons: Westumfahrung Forst wird wieder Thema. In: Lausitzer Rundschau, 27.2.2008.

<sup>74</sup> Katharina Reichmann: Eltern mischen mit. Ergebnisse aus dem Pilotprojekt Elternwege – Beratungswege. In: Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III. Potsdam 2010, S.189-203.

## Verwaltung und Zuständigkeit

Die Entwicklung des MBT war immer auch abhängig von der Zuordnung zu den Verwaltungen in den Ministerien. Aufschlussreich ist deshalb ein kurzer Abriss der wechselnden Zuständigkeiten.

In seiner Anfangszeit war das MBT unmittelbar im Büro der Ausländerbeauftragten im damaligen Arbeitsministerium angesiedelt, d.h. die KollegInnen hatten unmittelbaren Kontakt zu den MitarbeiterInnen des Büros und bei den damals häufig auftretenden Ausschreitungen lief der Kontakt in die Regionen über die Ausländerbeauftragten der Kreise und Städte. Diese faktische Angliederung an eine ministerielle Behörde war nicht zulässig und so kam es zur Angliederung an die gleichzeitig entstandene RAA unter der Leitung von Hilde Schramm. Das MBT nannte sich dann vorübergehend „MBT der Ausländerbeauftragten bei der RAA“. Praktisch standen wir bis 1999 in sehr engem Kontakt zu Almuth Berger und erst die Umstrukturierung führte zu einer Veränderung.

Auch wenn das MBT bei einem freien Träger angesiedelt ist, arbeitet es mit einem Auftraggeber, der das Geld gibt, aber auch inhaltlich Einfluss ausübt. Das geschieht in der Praxis durch Diskussionsprozesse mit dem Team oder der Geschäftsleitung.

Ministerpräsident Stolpe, unter dessen Federführung das „Tolerante Brandenburg“ (TBB) gestaltet wurde, war bis 2002 im Amt und begleitete die Entwicklung immer wohlwollend. Bei seinem Nachfolger Platzeck hat sich das nicht geändert. Beide Ministerpräsidenten hatten nur bei wenigen Anlässen direkten Kontakt zum MBT, doch wurde das Team in verschiedenen Reden und Landtagsdebatten positiv erwähnt. Bemerkenswert ist allerdings, dass das MBT nach den Landtagswahlen 2004 und 2009 Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen wurde, ohne dass wir uns darum bemüht hätten.

Steffen Reiche war der erste Minister, in dessen Verantwortungsbereich das TBB fiel. Das MBT war damit zwar nicht grundsätzlich „Chefsache“, doch Minister Reiche war in der Regel gut informiert. Strukturell griff er in das MBT ein, indem er das Team von fünf auf sechs Regionalbüros aufstockte, um die MBT-Regionen mit den Schulamtsbezirken in Deckung zu bringen und um die Beratungsangebote der RAA zu konzentrieren: Die „Büros für Integration und Toleranz“ (BIT) sollten die regional vorgehaltenen Angebote des Landes unter einem Dach vereinigen. Mit der Aufstockung des Teams stieg auch der Etat, zusätzliche Sachkosten wurden allerdings nicht genehmigt. So entstand strukturell eine Schieflage, da der Etat des MBT innerhalb des TBB gedeckelt war und ist. In den ersten Jahren wurde unser Etat aus Lottomitteln bestritten, was regelmäßig zu großen Unsicherheiten führte und zum Jahresende dann

die finanzielle Existenzfrage aufwarf.<sup>75</sup> Erst durch kräftige Intervention des damaligen Staatssekretärs Frank Szymanski im Haushaltsausschuss konnte das MBT in die Regelfinanzierung überführt werden.<sup>76</sup> Damit einher ging dann auch eine Aufstockung der Sachmittel, so dass dem Team Dienstwagen zur Verfügung standen.<sup>77</sup>

Auf Reiche folgte im Amt Holger Rupprecht, der von 2004 bis 2011 Minister war. In dessen Amtszeit konsolidierte und etablierte sich das MBT als Bestandteil des Handlungskonzeptes.

Holger Rupprecht wurde durch Martina Münch abgelöst, die bereits über einige Jahre Erfahrungen mit dem MBT und dessen Arbeit in Cottbus verfügte. Sie war dadurch bereits mit unserer Beratungsarbeit vertraut, so dass die Kommunikation nicht mit dem Austarieren unterschiedlicher Vorstellungen belastet ist. Durch ihren Einsatz ist es nun endlich auch möglich geworden, das leidige Thema der Lohnkosten zufriedenstellend zu lösen.

Die ministerielle Ebene des Landes ist zwar im Allgemeinen für das MBT zuständig, beschäftigt sich aber nur punktuell mit den konkreten Gegebenheiten des Alltagsgeschäfts. Das wurde und wird auf der Arbeitsebene der Ministerien getan. Almuth Berger wurde im Jahr 1991 zur Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg berufen. Dieses Amt übte sie bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand im Oktober 2006 aus. Wie schon erwähnt, hat sie das MBT aus der Taufe gehoben und es bis heute begleitet. Obligatorisch waren die Staatssekretäre des Bildungsministeriums die Koordinatoren des TBB. Damit waren sie ab 1999 auch für das MBT zuständig. Auf operativer Ebene gab es keine ständigen direkten Kontakte, außer bei aufsehenerregenden Vorfällen, etwa der Hetzjagd von Cübeln. Aber sie kamen in unregelmäßigen Abständen ins Team und diskutierten die aktuelle Lage.

Frank Szymanski begann seine Arbeit als Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (unter Minister Steffen Reiche) fast gleichzeitig mit dem erweiterten MBT am 10. Dezember 1998. Fünf Jahre lang war er für uns zuständig bis er im September 2003 zum Minister für Infrastruktur und Raumordnung im Land Brandenburg ernannt wurde. Ihm folgte Martin Gorcholt bis Herbst 2005. Er war vorher Büroleiter von Steffen Reiche und dadurch mit dem TBB und dem MBT vertraut. Diese Vorerfahrung machte sich in der praktischen Zusammenarbeit sehr positiv bemerkbar. Ihm folgte Burkhard

<sup>75</sup> Wolfram Hülsemann: Mail vom 24.5.2012.

<sup>76</sup> Ebd.

<sup>77</sup> Bis dahin sind die MBTler mit ihren privaten Autos gefahren, was angesichts der Divergenz zwischen Spritkosten und Bundesreisekostengesetz zu einer faktischen Lohnkürzung geführt hat.

Jungkamp noch unter Holger Rupprecht; nach dem Wechsel der Ministeriumsspitze an Martina Münch führte er seine Arbeit bis heute fort.

Die Koordinierungsstelle des TBB war ab 1998 dem Staatssekretär zugeordnet und war der unmittelbare Ansprechpartner des MBT auf operativer Ebene. Dr. Friderun Schreiber (MBS) und Dr. Gisela Rüb (Leiterin der Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses) waren in den ersten Jahren des TBB unsere unmittelbaren Ansprechpartnerinnen für die alltägliche Arbeit in den Ministerien. Die Zusammenarbeit war sehr fruchtbar und nach der Eingewöhnungszeit durchaus humorvoll. Stets hat Frau Dr. Schreiber die Interessen des MBT im Ministerium vertreten und uns Kürzungen des Etats vom Leib gehalten. Es folgte Angelika Thiel-Vigh (MBS 2004), zu der sich im Laufe der Jahre ein sehr freundschaftliches Verhältnis entwickelt hat. Bis heute begleitet sie unsere Arbeit engagiert und temperamentvoll. Durch ihre Tätigkeit ist das Beratungsnetzwerk Brandenburg zu einer schnellen, schlagkräftigen Gruppe ausgebaut worden. Mit der Etablierung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus 2000 wurde entschieden, das Landesprogramm nicht zu verändern. Durch die erweiterten Mittel war es in Brandenburg aber möglich, ein gut funktionierendes Netzwerk aufzubauen. Die Partner des Netzwerkes (RAA, Opferperspektive, MBT, Aktionsbündnis, Sportjugend und Jugendbeteiligung Brandenburg) und die Ministerien (Bildung und Inneres/Verfassungsschutz) kooperieren sehr pragmatisch und effizient entlang der Ereignislagen. Dadurch werden die Spielräume der Beteiligten erhöht und die Kommunikation erleichtert.

## **Mobile Beratung und Wissenschaft**

Die wissenschaftliche Beratung des MBT spielte eine bedeutende, für die MitarbeiterInnen aber oft wenig spürbare Rolle, da sie integraler Bestandteil des Teams war und ist. Bernd Wagner hatte diese Rolle bis zum Jahr 2001 inne. Ihm folgte Dr. Michael Kohlstruck, der diese Funktion bis heute wahrnimmt. Die wissenschaftliche Begleitung erhält alle (auch die trivialen) Informationen des Teams über den E-Mail-Verteiler und bei den monatlich stattfindenden Praxisberatungen bzw. Klausuren des Teams.

In den ersten Jahren hatte Bernd Wagner die Aufgabe, das MBT in Sachen rechtsextremistische Strukturen auf dem Laufenden zu halten. Da er vorher als MBTler in Brandenburg gearbeitet hatte und in der Zeit der Erweiterung des Teams mit dem Aufbau anderer Strukturen (Amadeu Antonio Stiftung; Zentrum Demokratische Kultur und Exit) befasst war, übernahm er die wissenschaftliche Begleitung. Das hat er sehr gründlich getan und damit die Grund-

lagen für die Beratungssituationen gelegt, die die Kompetenz des Teams in der Einschätzung lokaler Situationen erheblich steigerten. Rückblickend kann als vielleicht noch stärkerer Effekt für die KollegInnen gewertet werden, dass uns der Umgang mit der anfänglich durchaus präsenten Angst soweit genommen wurde, dass wir recht bald keine grundlegenden Einwände hatten, uns mit Namen und Gesicht öffentlich zu präsentieren.

Margitta-Sybille Fahr folgte ihm in Bezug auf die Fachkompetenz im Arbeitsfeld Rechtsextremismus. Der von ihr produzierte Band über rechtsextreme Ikonografie zählte zum Besten, was zu dem Thema in den Jahren erschienen ist.<sup>78</sup> Der Band wurde in drei Auflagen produziert und vor allem an Multiplikatoren in Brandenburg verteilt.

Mit Michael Kohlstruck gab es eine Veränderung in der wissenschaftlichen Begleitung. Das Rechercheverfahren des MBT hatte sich gut etabliert, so dass die MitarbeiterInnen selbst zu ExpertInnen im Bereich rechtsextremer Erscheinungsformen geworden sind. Nun rückten die wissenschaftlichen und publizistischen Diskussionen stärker in den Vordergrund. Dabei verläuft der Wissenstransfer mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin reziprok in beide Richtungen, so dass man von einem Theorie-Praxis-Verhältnis auf gleicher Augenhöhe sprechen kann. Punktuell wurde als weiterer Mitarbeiter Dr. Rainer Erb in die Arbeit mit einbezogen.<sup>79</sup> Kohlstruck organisierte das Vorhaben, die Erfahrungen aus der laufenden Beratungspraxis für ein interessiertes Publikum zu formulieren und zu publizieren; damit wird das reichlich vorhandene Praxiswissen einer eher sprechenden als schreibenden Berufskultur gesichert und nicht zuletzt interessierten Wissenschaftlern Einblick in das Kontinuum einer basisnahen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gegeben. Das 2004 zunächst einmalig angedachte Publikationsprojekt „Einblicke“ entwickelte durch ihn eine starke Eigendynamik. Die reflektierten Berichte über praktische Aspekte unserer Arbeit führen fast unmerklich zu einer Veränderung in der Arbeitshaltung: Die MitarbeiterInnen entwickeln nicht nur Schwerpunkte, sondern gestalten Entwicklungslinien, die zu einer deutlichen Profilierung des Einzelnen führen.

Zurückgreifen kann das MBT auch auf die Forschungen, die an den brandenburgischen Hochschulen zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt werden. Prof. Dr. Wilfried Schubarth von der Universität Potsdam hat früh begonnen, das Problem aus pädagogischer Sicht zu bearbeiten und nicht nur

<sup>78</sup> Fahr, Margitta-Sybille: „Was steht an jedem Haus? – Ausländer raus!“ Rechtsextreme Ausdrucksformen und Bilderwelten. Ikonografie der Gewalt (3. Aufl.). Potsdam 2005.

<sup>79</sup> Rainer Erb, Jan Kasiske: Jugendfeuerwehr ist mehr als Technik und Wettkampf... Eine Werkmappe für den Jugendfeuerwehralltag. Potsdam 2010.

den ErziehungswissenschaftlerInnen Interpretationsmuster an die Hand zu geben. Auch Prof. Dr. Heinz Kleger (Politologe an der Universität Potsdam) hat sich sowohl wissenschaftlich, als auch über sein „Toleranzedikt als Stadtgespräch“ nachhaltig mit dem Rechtsextremismus im Land auseinandergesetzt. Am intensivsten befassten sich im vergangenen Jahrzehnt die Mitarbeiter des Moses-Mendelssohn-Instituts an der Universität Potsdam mit dem Thema. Vor allem Dr. Gideon Botsch und Dr. Christoph Kopke veröffentlichten zahlreiches neues Material, das sich speziell auf Brandenburg bezieht. Seit Jahren begleiten Prof. Dr. Dietmar Sturzbecher, der Direktor des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung, gleichfalls ein An-Institut der Universität Potsdam, und sein Team mit empirischen Forschungen die Diskussionen zum Thema Rechtsextremismus. Prof. Dr. Michael Minkenberg von der Viadrina in Frankfurt (Oder) arbeitet seit Jahren international vergleichend zu rechtsextremen Phänomenen.

**MBT-Teammitglieder („in order of appearance“):**

Axel Zimmermann (1991-1996)	Michael Kohlstruck (2001-2012ff.)
Matthias Rochel (1992-1993)	Theo Fontana (2001-2005)
Frauke Postel (1992-2012ff.)	Miriam Schilling (2001-2007)
Bettina Berger (1992-1993)	Margitta-Sybille Fahr (2001-2005)
Fritz Dreke † (1993-1997)	Nico Scuteri (2002-2012ff.)
Bernd Wagner (1994-2001)	Thomas Weidlich (2003-2011)
Ray Kokoschko (1996-2012ff.)	Gabriele Schlamann (2003-2012ff.)
Wolfram Hülsemann (1998-2008)	Ryszard Cenker (2003-2008)
Birgit Wiese (1998-1999)	Witold Kaminski (2003-2008)
Uta Pehl (1998-2001)	Katja Hoffmann (2003-2004)
Cornelia Baßler (1998-1999)	Gudrun Kirchhoff (2003-2005)
Angela Kühne (1998-2012ff.)	Jan Kasiske (2004–2012)
Karin Dörre/ Lorenz (1999-2012ff.)	Andrea Nienhuisen (2004-2012ff.)
Jürgen Lorenz (1999-2012ff.)	Mario Feist (2007-2010)
Katharina Doyé (1999-2001)	Katharina Reichmann (2007-2008)
Marcus Kemper (1999-2001)	Anett Müller (2008-2012ff.)
Sascha Quäck (1999-2001)	Susanne Kschenka (2008-2012ff.)
Gerd Wermerskirch (1999-2002)	Frederik Ahlmann-Eltze (2011-2012ff.)
Dirk Wilking (1999-2012ff.)	Daniel Krüger (2011-2012)
Robin Kendon (1999-2012ff.)	David Driese (2012ff.)

## Im Dauerkontakt mit der sozialen Wirklichkeit

Die inhaltliche Weiterentwicklung der MBT-Arbeit in den 20 Jahren seines Bestehens wurde fast immer durch die Veränderungen in den praktischen Herausforderungen angestoßen: Die rechtsextreme Szene entwickelte sich, so dass sich das MBT bewegen musste, um der veränderten Situation gerecht zu werden. Die Veränderungen von den ewig volltrunkenen Skinheads der 1990er Jahre, die gewalttätig die Jugendkultur dominierten, zu den smarten Pop-Nazis der „Spreelichter“, die sich nahezu pazifistisch geben und deren Wirkungsweise fast ausschließlich webbasiert ist, bedeuten auch für die Aufklärung und Beratungen des MBT gewaltige Veränderungen. Vorhersehbar waren die zurückliegenden Veränderungen so wenig, wie die kommenden prognostizierbar sind. Gewappnet mit einer erfahrungserprobten Flexibilität werden wir aber auch künftige Entwicklungen zu bewältigen wissen.

Die brandenburgischen Verwaltungen haben sich ebenfalls grundlegend verändert. Vor einem Dutzend Jahren war der „bocksbeinige Bürgermeister“, der vor jedem Problem die Augen fest verschloss, das er nicht selbst lösen konnte, der Running Gag der Teamberatungen. Heute hat eine Generation in den Verwaltungen Platz genommen, die mit den rechtsextremen Erscheinungen groß geworden ist und für die die Bundesrepublik ihre Heimat ist; für sie ist es eine Selbstverständlichkeit, Probleme zu kommunizieren und sich Unterstützung einzuholen. Analog lässt sich das für die Polizei beschreiben: In den 1990er Jahren waren wir uns nie sicher, ob die lokale Polizei Bestandteil des Problems Rechtsextremismus ist oder Bestandteil seiner Lösung. Solche Zweifel sind heute, vor allem auch seit der Amtsperiode des Innenministers Schönbohm, ausgeräumt. Der Wandel hat sich auch in der Arbeit des MBT niedergeschlagen. So finden seit einigen Jahren gemeinsame Veranstaltungen des Städte- und Gemeindebundes, des Landkreistages, des Verfassungsschutzes und des MBT für Verwaltung und Polizei statt, bei denen regionale Probleme des Rechtsextremismus diskutiert werden.

Das politische Klima in den Parteien hat sich ebenfalls nachhaltig verändert. Auf Landesebene galt das MBT zunächst – zu Unrecht – als eher „linkes“ Projekt. Während der SPD-CDU-Koalition hatte sich das Verhältnis zur CDU dann aber sehr nachhaltig gebessert. Vor allem den MinisterInnen wurde bald deutlich, dass die demokratische Gesellschaft mit ihren elementaren Werten unser Schwerpunkt in der Arbeit ist; in der Folge kam es dann zu sehr freundlichen und fruchtbaren Gesprächen mit den CDU-Ministern und -Ministerinnen. Das Verhältnis zu den anderen Regierungsparteien war immer sehr gut. Sowohl SPD wie Die Linke waren uns gegenüber immer aufgeschlossen, so dass ein Kontakt zu einem Minister oder einer Ministerin leicht möglich war.

Dasselbe galt und gilt für die Fraktionen und Ausschüsse des Landtags. Grüne und FDP sind ebenfalls sehr offen für unsere Anliegen und auch die Kommunikation mit ihnen ist jederzeit unproblematisch. Problematisch aber ist und bleibt weiterhin das in der politischen Kultur über Jahrzehnte kultivierte Stereotyp der „ideologischen Verantwortung“, das reflexhaft immer wieder auftaucht: Die linken Parteien seien für die Arbeit gegen Rechtsextremismus zuständig, die konservativen für die Arbeit gegen Linksextremismus. Demgegenüber bleibt festzuhalten, dass die brandenburgische Demokratie auf keinem Auge blind sein darf und es auch heute nicht ist. Dass das MBT einen Arbeitsauftrag gegen Rechtsextremismus hat, hat nichts mit einer Vernachlässigung des Linksextremismus zu tun. Zwei Sachverhalte sind dafür ausschlaggebend: Einmal geht eine hohe Zahl von Tötungsdelikten auf das Konto von Fremdenfeindschaft und Rechtsextremismus und zum anderen sind rechtsextreme Ideologieelemente deutlich weiter verbreitet als linksextreme. Zugespielt gesagt: Der rechtsextreme Slogan „Todesstrafe für Kinderschänder“ findet in Teilen der Gesellschaft Zustimmung, während das linksextreme Ziel einer Weltrevolution kaum auf Resonanz stößt.<sup>80</sup> Dieser gravierende Unterschied geht in den Auftrag des MBT ein. Es wäre sehr zu wünschen, dass diese wechselweise Verantwortungszuweisung für den je anderen Extremismus aus der politischen Diskussion verschwindet. Wir haben ein großes Interesse daran, dass die konservativen Parteien ihr eigenes Profil gegen Rechtsextremismus weiter schärfen, auch wenn sie sich vernünftigerweise von „Volksfront“-Konzepten fernhalten. Es gibt kein Monopol in der Arbeit gegen (Rechts-)Extremismus, wohl aber den Leitgedanken der gemeinsamen Demokratie.

So einfach unsere Arbeit auf Landesebene ist, so sehr knirscht es auf den unteren Parteiebenen. Gerade hier, wo man mit dem Rechtsextremismus konkret konfrontiert ist, befinden sich die demokratischen Parteien in einem Dilemma. Rechtsextremismus überzeugt bekanntlich nicht mit rationalen Argumenten, sondern über den Affekt, der gerade dort dominiert, wo rationale politische Debatten fehlen.

Ein politisches Vakuum entsteht dort, wo die Parteien personell schwach oder gar nicht vertreten sind. Hier kann sich der Rechtsextremismus als Katalysator anbieten und – falls keine Reaktion der Demokraten erfolgt – sehr fest etablieren. Ein Verbot der NPD würde das Problem nicht lösen, sondern das

<sup>80</sup> Um Missverständnissen vorzubeugen: Nicht die Debatte über den Umgang mit Sexualstraftätern ist rechtsextrem, sondern die Rechtsextremen nutzen jedes emotional aufgeladene Thema, um am Ende zum immer gleichen Ergebnis „Weg mit der Demokratie“ zu kommen. In diesem Sinne gibt es keine originäre Sachpolitik der Rechtsextremen, sondern nur viele Themen, die sie instrumentalisieren.



*Verleihung des „Stuttgarter Friedenspreises“ am 17. November 2006. Vordere Reihe, v.l.n.r. Andrea Nienhuisen, Thomas Weidlich, Jan Kasiske, Frauke Postel*

besagte politische Vakuum weiter bestehen lassen. Dieses Problem war vom MBT recht früh registriert worden. Rasch war deutlich geworden, dass die Beratung der Zivilgesellschaft nur in Städten und Kleinstädten funktionierte, nicht aber in den Dörfern. Seit 2001 diskutieren wir, wie mit diesem Befund umgegangen werden kann. Ein Ergebnis war 2005 die Tagung mit dem Titel „Hightechlandwirtschaft und sterbende Dörfer? – Chancen und Probleme der Zivilgesellschaft in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands“.

Damit brachten wir das Thema ländlicher Raum und Demokratieentwicklung in die politische Debatte ein.<sup>81</sup> Der damalige Landwirtschaftsminister Dietmar Woidke nahm engagiert an den Diskussionen teil. Was sich damals abzeichnete, ist heute deutlicher geworden: Wirtschaftliche Entwicklung ist abhängig von demokratischer Entwicklung und von einer offenen Kommunikationskultur in den ländlichen Regionen. Und hier bleibt die große Baustelle: die betroffenen Menschen dabei zu unterstützen, den Status von Objekten zu verlassen und zu politischen Subjekten zu werden, die ihre Zukunft selbst mitgestalten wollen. Dazu sind u.a. auch die politischen Parteien erforderlich: über sie können die Menschen ihre Interessen und Bedürfnisse formulieren und gegebenenfalls auch durchsetzen. Dasselbe gilt für die Städte und Stadt-

<sup>81</sup> Mobiles Beratungsteam (Hg.): Hightechlandwirtschaft und sterbende Dörfer?

teile mit einem Übergewicht an prekären Lebenslagen. Dort ist die NPD stark. Das MBT versucht, in den Regionen die lokalen Parteiorganisationen zu stimulieren, sich stärker als bisher auf diese Milieus zu konzentrieren. Das wird auch in Zukunft eine wesentliche Aufgabe bleiben, die Mitgliederdecken der Parteien in Brandenburg sind bekanntlich kurz und dünn.

Mit dem immer besser werdenden Netzwerk in Brandenburg, aufgrund der Pragmatik und der Flexibilität der kooperierenden Mitarbeiter der Institutionen haben sich für das MBT neue Tätigkeitsfelder ergeben. Nun können wir auch dort kooperieren, wo zuvor nur punktuell und mit gewissen Schwierigkeiten Zugänge bestanden. Zum Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren hatte schon Wolfram Hülsemann einen Weg gebahnt. Nachdem das MBT zu den Projekten der Jugendfeuerwehr gute Verbindungen hatte, entstand durch Jan Kasiske und Rainer Erb ein Ordner für Jugendfeuerwehrwarte, der diesen Engagierten pädagogisch aufbereitete Elemente nicht nur gegen Rechtsextremismus, sondern auch für demokratische Orientierung in spielerischer Form zur Verfügung stellte.<sup>82</sup> Der Ordner wurde speziell für die praktische Handhabung aus Kunststoff produziert und mit laminierten Seiten ausgestattet. Da das Verfahren sehr teuer war, wurden nur wenige Exemplare ausgeliefert. Die Resonanz war verblüffend gut, so dass mit Unterstützung der Feuerwehr neue Finanzierungsmittel zur Produktion weiterer Exemplare beschafft werden konnten. Inzwischen sind über 500 Stück im Umlauf. Zunächst begleitete das MBT die Anwendung der Mappe in der Praxis, aber sehr schnell übernahm die Jugendfeuerwehr die Eigenregie. Daraus entwickelte sich 2011 über das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ das Projekt „Ohne Blaulicht – Feuerwehr ist mehr als Retten, Löschen, Bergen, Schützen“ des Landesfeuerwehrverbandes. Über das Angebot, in Konfliktfällen aufsuchend zu vermitteln und Klärungsprozesse zu begleiten, kommt auch das Thema Rechtsextremismus meist schnell zur Sprache. Der MBT-Mitarbeiter (und Mitglied der Feuerwehr) Thomas Weidlich ist deshalb in den Landesfeuerwehrverband gewechselt, um dieses Projekt mit durchzuführen.

Ein weiteres neues Arbeitsfeld ist der Sport. Über die Brandenburgische Sportjugend hat das MBT im Projekt „Verein(t) gegen Rechtsextremismus“ die Ausbildung der ehrenamtlichen Berater übernommen und die ersten Fälle auch praktisch begleitet.

Die Zukunft des MBT und des TBB ist politisch derzeit gesichert. Die Paradoxie unserer Arbeit – wir arbeiten daran, überflüssig zu werden – ist keine Besonderheit des MBT. Ärzte, Psychologen und viele sozialwissenschaftliche

<sup>82</sup> Erb, Kasiske: Jugendfeuerwehr ist mehr als Technik und Wettkampf.



*Frauke Postel und Dirk Wilking*

Berufe stehen vor demselben Phänomen. Das MBT muss nicht befürchten, dass ihm die Arbeit ausgeht. Sein Tempo, die inhaltliche und organisatorische Flexibilität sowie das Prinzip der Akzeptanz der Beratungsnehmer führen zu vielen Anfragen und Aufträgen.

Wenig beachtet wird, dass die MitarbeiterInnen des MBT ausgesprochene brandenburgische Patrioten sind und nicht zum Zynismus neigen. In 20 Jahren – das kann ich mit Überzeugung und aus Erfahrung sagen – spielte Hass in der Teamkultur keine Rolle. Nun ist die Abwesenheit von Hass noch keine Liebe, aber wir arbeiten in jeder Teamsitzung daran, das eigensinnige Land zu lieben.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung  
Einblicke IV**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© August 2012, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung  
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: [geschaeftsstelle@big-demos.de](mailto:geschaeftsstelle@big-demos.de)

[www.gemeinwesenberatung-demos.de](http://www.gemeinwesenberatung-demos.de)

Redaktion: Daniel Krüger, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei  
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-038753-1

# Inhalt

Vorwort .....	7
<i>Dirk Wilking</i>	
Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg .....	9
<i>Daniel Krüger</i>	
Völkische Ideen und Inszenierungen aus dem Spreewald. Das Internet-Projekt spreelichter.info .....	51
<i>Nicola Scuteri</i>	
Zivilgesellschaftliche Bündnisse im ländlichen Raum: Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ .....	81
<i>Michael Kohlstruck</i>	
Können Verhinderungsblockaden von angemeldeten Demonstrationen als ziviler Ungehorsam gelten? .....	101
<i>David Driese, Andreas Nienhuisen</i>	
Rechtsextreme Immobilienprojekte – lokale Reaktionen und Herausforderungen für die Gemeinwesenberatung .....	111
<i>Karin Lorenz, Jürgen Lorenz</i>	
Ein Osterspaziergang im August Vom Umgang der Gemeinde Schorfheide mit einem rechtsextremen Nachbarn und seinen Aktivitäten .....	133
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Wusterhausens „Zukunftstage“ – ein Modell kommunaler Demokratie .....	157
<i>Robin Kendon, Ray Kokoschko</i>	
Personalschulung als Gemeinwesenentwicklung? – Ein Beispiel für Fortbildung und Coaching von Mitarbeitern des zweiten Arbeitsmarktes in der Kinder- und Jugendarbeit .....	175

<i>Uwe Steinbeiß, Thomas Weidlich</i>	
„Ohne Blaulicht“. Feuerwehren als zivilgesellschaftliche Akteure .....	197
 <i>Frederik Ahlmann-Eltze, Frauke Postel</i>	
„Partizipation ist auch nur ein Wort“? Überlegungen zu demokratieförderlicher Beratung .....	205
 Bildnachweis und Bildrechtsinhaber .....	213
 Adressen des MBT .....	215